

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Beilagen: „Katholische Kirchenzeitung“, „Kirche und Leben“, „Heimatvolk und Heimat“, „Die Frau und ihr Heim“, „Unterhaltung und Wissen“, „Sport-Mundschau“ und die illustrierte Beilage „Heimat und Welt“. — Eigene Druckanstalt.
Der Bezugspreis beträgt halbjährlich — einschließlich Beilagen — 1 Reichsmark.



Anzeigenpreis — Zahlung bei Aufgabe — für die 30 mm breite Zeile 25 Pfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Pf. — Reklamezeile 1 Mark.
Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.
Verleger: Neuß, Niederstraße 44, Reichsbank-Giro-Konto. Vertriebs-Konto Köln 41806.

Nr. 108

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Dr. Heinrich Staab

Neuß, Dienstag, 10. Mai 1927 (Antonius)

Rotationsdruck und Verlag der
Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

54. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Berlin, 10. Mai. Professor Kuzinski von der Berliner Charité ist aus Polen, wo er sich auf einer Forschungsreise eine schwere Fiebertyphloinfektion zugezogen hatte, zurückgekehrt und hat sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit ins Riesengebirge begeben.

Düsseldorf, 9. Mai. In dem Arbeitskonflikt ist zwischen den Parteien nunmehr Einigkeit erzielt worden. Die Arbeit wird infolgedessen sobald als möglich wieder aufgenommen werden.
Neuhof, 9. Mai. Der italienische Flieger da Pinedo, dessen Flugzeug kurz vor der Mittagsstunde auf dem Long Island Sound niederging, sah sich nach seinem Wiederaufstieg gezwungen, auf dem East River niederzugesinken, als er sich auf dem Fluge nach der Marinewerft von Brooklyn befand.

Die Kommissionsarbeit in Genf.

Genf, 9. Mai. Die drei Kommissionen der Weltwirtschaftskonferenz für Handel, Industrie und Landwirtschaft haben heute vormittag ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Handelskommission wählte den holländischen früheren Handelsminister Colijn zum Präsidenten. In der Industriekommission nahm den Vorsitz der tschechische Delegierte Kozděl. In der dritten Kommission für Landwirtschaft ist Vorkühnender der tschechische Delegierte Kozděl. Der deutsche Delegierte Dr. Hermes sowie der schweizerische Staatsrat Borchard sind Berichterstatter. Auffallend ist, daß sich in allen drei Ausschüssen England 4 bzw. 3 Vertreter gesendet hat, Frankreich 3 bzw. 2 hat und die anderen Staaten nur 2 bzw. 1 jähren. Warum und wieviel?

Lord Derby findet immer Gründe.

(Radio-Telegramm.)

London, 10. Mai. Auf dem Jahresessen der englisch-französischen Gesellschaft in Birmingham sagte Lord Derby in einer Rede: Wenn man möchte, daß England auf der Seite jedes Landes stehen würde, das ohne guten Grund angegriffen wird, so würde das zur Erhaltung des Friedens viel beitragen. Wir alle hoffen, daß der Völkerverbund alles tun wird, um den Frieden zu erhalten. Aber gleichzeitig würde ich gern das Bewußtsein haben, daß England gut bewaffnet ist und einen kraftvollen Gefährten an seiner Seite hat. Man braucht nur in den Wäldern über den Umzug der Stacheln in Berlin zu sehen, um zu erkennen, daß die Tage des Kampfes noch nicht vorbei sind. Die beste Art und Weise, damit fertig zu werden, besteht darin, daß man denen, die Krieg wollen, begründet macht, daß sie für diesen Krieg zu bezahlen haben würden. Ferner darin, die englisch-französische Freundschaft in jeder Hinsicht zu erhalten und zu stärken.

Das Schicksal der Dampfschiffe ungewiß.

(Radio-Telegramm.)

Paris, 10. Mai. Bisher ist das Schicksal des Flugzeugs mit dem Lungeff und Coli den Flug Paris-New-York durchzuführen wollte, unbekannt. Die verschiedenen und sich widersprechenden und in seiner Weise bestätigten Nachrichten, die seit gestern nachmittag bis in die frühen Morgenstunden von den in vielen Ausgaben erschienenen Nachmittags- und Spätabendblättern verbreitet wurden, hatten unzählige Personen von der Peripherie nach dem Zentrum der Stadt getrieben, die nach Mitternacht sich sehr enttäuscht nach Hause begaben, da noch immer keine offizielle Nachricht vorlag. Heute früh 6.30 Uhr lag eine Depesche aus Washington vor, wonach das Aerial von Boston dem Marineministerium mitgeteilt habe, daß die Nachrichten denen zufolge Lungeff über Neu-England geschickt worden sei, nicht bestätigt seien. Das in dieser Gegend bemerkte Flugzeug könne ein Küstenwachflugzeug gewesen sein, das nach Gloucester unterwegs war.

Noch keine Nachricht über Hauptmann Lungeff.

(Radio-Telegramm.)

St. Johns (Neufundland), 9. Mai. Die Behörden des Marineobservatoriums sprechen die Vermutung aus, daß das Flugzeug des Hauptmanns Lungeff vielleicht bei einer Fischerflotte auf dem Grand Banks niedergegangen sei. Keine dieser Flotten führt drahtlose Telegraphie mit sich. Daher besteht die Möglichkeit, daß Nachrichten über die Flieger während zwei oder drei Wochen nicht eingehen werden.

Schwere Unwetter in Amerika.

Neuhof, 9. Mai. Orkanartige Stürme und Wolkenbrüche haben in mehreren westlichen Staaten der Union großen Schaden verursacht. Zahlreiche Personen kamen dabei ums Leben, viele sind obdachlos geworden.

Neues Gnadengesuch für Klemm.

Paris, 9. Mai. Ein neues Gnadengesuch für den zum Tode verurteilten früheren Fremdenlegationsrat Klemm ist aus formalrechtlichen Gründen notwendig geworden und bereits fertiggestellt. Klemm wurde seinerzeit in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nachdem man seiner Person habhaft geworden ist, wurde das Verfahren noch einmal eröffnet und es hat mit dem Todesurteil gegen Klemm geendet, das zwar noch nicht aus gesprochen, aber sicher zu erwarten ist. Für dieses Verfahren ist daher ein neues Gnadengesuch an den Präsidenten der Republik erforderlich, das bereits aufgesetzt wurde.

Zhang Kai Schek marschiert auf Hankau.

London, 6. Mai. Nach der „Central News“ nähern sich die Truppen des Generals Zhang Kai Schek Hankau und haben einen Punkt 80 Kilometer westlich von Hankau erreicht.

Die „Bikarinnen“ in der evangelischen Kirche.

Berlin, 10. Mai. Das Kirchengefetz über die Vorbildung und Anstellung der „Bikarin“ wurde gestern von der General-synode in der dritten Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Nach den endgültigen Beschüssen des Hauses sollen die weiblichen Theologen befugt sein zur kirchlichen Wortverkündung in Kindergottesdiensten und in Bibelfunden, zur Seelsorge in der Gemeinde, insbesondere an der weiblichen Jugend, den Mädchenheimen, in den Frauenabteilungen der Krankenhäuser und Gefangenenanstalten. Dagegen ist die „Bikarin“ nicht befugt zur parramontlichen Tätigkeit im Gemeindegottesdienst, zur Verwaltung der Sakramente sowie zur Vornahme der anderen herkömmlichen vom Pfarrer im Ordinat zu vollziehenden Handlungen.

Unwetter in der Pfalz.

Landau, 9. Mai. Heute nachmittag wüteten wolkenbruchartige Gewitter in der Südpfalz, die erheblichen Schaden anrichteten. Felder und Weinberge wurden schwer heimgesucht und teilweise vernichtet. Der Zugverkehr auf der Strecke Zweibrücken-Landau mußte eingestellt werden, da der Bahndamm zum Teil ganz unter Wasser stand.

Kleine Nachrichten.

55-jähriger Buchbinder.

Köln, 9. Mai. Am 11. Mai feiert der am 1. Februar 1925 in den Ruhestand getretene Buchbinder Albert von Lom, Köln, Friesen-platz 24, seinen 55. Geburtstag. Seinem letzten Arbeitgeber hat er 28 Jahre in treuer Berufstätigkeit gedient. Der alte Kämpfer erfreut sich in Kollegen- und Freundeskreisen allgemeiner Beliebtheit. Möge ihm eine weitere feste Gesundheit beschieden sein.

Steuerfreudiger Gemeinderat.

Eichweiler, 9. Mai. Das eine Gemeindevertretung aus freien Stücken mehr Steuern bewilligt, als die Verwaltung vorschlägt, dürfte wohl einzig dastehen. In der Nachbargemeinde Rothberg hatte die Verwaltung vorgeschlagen, zum Ausgleich des Haushaltsplans für 1927 folgende Gemeindefeuerumlage zu erheben: 200 v. H. Grundvermögenssteuer, 600 v. H. Gewerbesteuer und 1000 v. H. Lohnsummensteuer. Der Gemeinderat beschloß indes, außer 200 v. H. Grundvermögenssteuer 650 v. H. Gewerbesteuer und 120 v. H. Lohnsummensteuer zu erheben, obwohl der Bürgermeister erklärte, daß er eine solche Steuererhöhung nicht für notwendig halte.

Im Beruf schwer verlegt.

Wülfrath, 9. Mai. Der Arbeiter Ludwig Wölschlag geriet beim Rangieren auf der Spitze im Eisenbruch Schlußtopfen zwischen die Räder zweier Wagen und wurde so schwer verlegt, daß er sterbend in die Barmer Klinik geschafft wurde.

Der Tod im Steinbruch.

Wülfrath, 9. Mai. Im Steinbruchbetrieb Bodenhans Bruch IV 3. Stöße stürzten zwei Steinwände ein und begruben die Arbeiter Gamberin und Störz unter sich. Trotz der sofort aufgenommenen Bergungsarbeiten wurden beide Arbeiter nur noch als Leichen geborgen.

Herzschlag beim Fußball.

Koblenz, 9. Mai. Am Samstag nachmittag spielten auf dem sonnenbeschienenen Gasshof einige junge Leute aus der Unterstadt Fußball. Ein etwa 20-jähriger junger Mann, der erst eine schwere Krankheit hinter sich hatte, fiel dabei plötzlich um und war tot. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Tödlicher Autounfall.

Reichingen (Württemberg), 10. Mai. Das Auto eines Alt-eisenhändlers aus Reichingen fuhr in einer Kurve in einen Graben. Ein 12-jähriges Mädchen wurde dabei getötet, eine Frau am Kopf schwer verletzt, ein Knabe und zwei weitere Insassen leicht verletzt.

Wettervorhersage bis Donnerstag.

(Telegraphische Meldung des Observatoriums Aachen.)
Veränderliche Bewölkung aber durchweg trocken. Temperaturen verhältnismäßig niedrig. Die heutigen Tagestemperaturen betragen 22 bis 23 Grad, die heutigen Morgenwerte 6 bis 7 Grad.

// Bitte! //

Weisen Sie die Sammlerinnen und Sammler nicht ab! Die neue Herz-Zeitung entspricht einem dringenden Bedürfnis der Seelsorge. Sie soll eine Zierde des nördlichen Stadteils werden. Geben Sie diesbezüglich eine besondere Spende! Unter Sparfassenkonto hat die Nummer 1364 (Franz Köttgen, Kirchenbauverein Herz-Jesu).

Bemerkungen.

Die Linkspresse in Berlin philosophiert über die gegenwärtige Reichstagskoalition in keinem anderen Stil, als es gewisse rechtsradikale Kreise über die Große Koalition taten. Mit wenig Liebe, aber mit um so mehr Geschäftigkeit. So vertreibt sie jetzt das Märchen, daß Zentrum und Deutschnationale bereits einen Ersatz für Stresemann suchten. Daß die Volkspartei in der Schulfrage den Anhängern der Befennisschule zumindest unzuverlässig ist, steht heute fest. Stresemann hat mit seinen unklaren Redereien über den Kulturliberalismus nicht wenig dazu beigetragen. Aber in der Konfessionsfrage, soweit sie eine völlerrechtliche Angelegenheit ist, wird der Außenminister Stresemann anders können, als der Parteiführer in seinen Reden. Sich über seine Haltung den Kopf zu zerbrechen, ist dann noch Zeit. Das Zentrum sucht schon aus Gründen des außenpolitischen Kurses keine Krisen. Wenn die Volkspartei sich nicht gehörig zwischen die Stühle setzen will, wird sie diese Unterscheidung mitmachen.

Aber das „Bürgerblut“-Geschrei und die Krisenmacherei des „Vorwärts“, „Berl. Tageblattes“ und der „Lante Voss“ haben einen anderen Grund. Die soziale Gesetzgebung schreitet wider Erwarten dieser Kreise fort. Eine sozialpolitische Großtat nähert sich im Sozialauschuß des Reichstages der Vollendung: die Arbeitslosenversicherung. Sie gibt den von Wirtschaftskrise Betroffenen nicht nur einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, der nichts mehr mit Krisenfürsorge, Ausscheiden aus der Fürsorge und Übergang in die Wohlfahrts-pflege zu tun hat. Sie bringt den Erwerbslosen und ihren Angehörigen auch die volle Krankentafelhilfe. Dieses große Werk paßt natürlich der Linken nicht in ihren Laden. Ihre wüste Agitation wird Lügen gestraft. Das erst recht dadurch, daß es unter Führung des Zentrums und der in den verschiedenen Regierungsparteien stehenden christlichen Gewerkschaftsführer gelingt, auch die Partei der Industrie, die Deutsche Volkspartei, zum Gesetzeswerk heranzuziehen. Angesichts dessen ist es verständlich, daß der „Vorwärts“ über den Abbau der Erwerbslosenfürsorge in gewissen Berufen (die keine Erwerbslosigkeit mehr kennen) jetzt, als würde ihm sein Führerzunge beschnitten, und könnte man die Koalition sprengen, ehe sie das zweite Werk, nach dem die Öffentlichkeit lange genug ruft, das Reichsschulgesetz, geschaffen hat — ach, wie schön!

Agitation hält nicht lange vor. Denn schließlich sind die Menschen keine Dummköpfe, und man kann sie höchstens über-raschen. Da muß man Koalitionsgenossen ein Wortchen sagen. Die Deutschnationalen haben in Halle-Merseburg ein Flugblatt verteilt, in dem sie behaupten, niemals habe ihre Partei eine höhere Aufwertung versprochen. Dabei hat der Parteiführer Hergt in den Dezemberwahlen 1924 in einer Wahlrede erklärt: „Sobald die Deutschnationalen an der Regierung sind, wird innerhalb 24 Stunden ein Aufwertungs-gesetz vorgelegt, welches 100 Prozent Aufwertung bringt.“

Der alte Sozialpolitiker Graf Posadowsky, durchaus kein linksflehender Mann, aber auch kein sozial rückständiger Mann, erinnert im „Deutschen Tageblatt“ daran. Er bringt eine Reihe deutschnationaler Erklärungen gleichen Inhalts. Es sei unerfindlich, sagt er, wie man gegenüber diesen Urkunden leugnen könne. Auch gegenüber einem Zement-Hergts bleibt bestehen, daß die Parteitagitation 1924 in diesem Sinne gearbeitet hat, was Posadowskys andere Beispiele und die Erfahrung bestätigen. Ein Beweis, daß man sachlich und die Agitation anderen überlassen soll, die mit ihrer Unehrlichkeit den Wählern auf die Dauer doch auffallen.

In den Ländern ringt man gegenwärtig besonders mit dem Problem der Arbeit: in Deutschland, England und Italien. Deutschland baut die soziale Sicherung des Schaffenden aus. Es hat, in Richtung auf die ideale Teilung des Arbeitstages zwischen Tätigkeit, Erholung und Ruhe, eben eine stärkere Drosselung der Heberarbeit eingeführt. England, dessen Vertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz eben so schön sagte, man komme mit alten Methoden nicht weiter, wendet die höchst einseitige Methode der Fesselung der Gewerkschaften an, um den sozialen Frieden zu sichern. Zwar hat man das Verbot des Streiks nicht beseitigt, aber ihn praktisch so gebunden, daß die Regierung jederzeit eingreifen kann. Italien aber hat den Schlüssel auf seine sozialwirtschaftliche Neuorganisation gesetzt in der „Carta del Lavoro“. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in Syndikaten nach Branchen zusammengeschlossen, deren Aufbau örtlich, provinziell und zentral zusammengefaßt ist. Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände werden nur in der staatlich d. h. faktisch konfessionierten Form anerkannt. Streik und Aussperrung (beides!) sind verboten. Über alle Fragen müssen die Parteien sich einigen. Schlichtungsgerichte entscheiden sonst autoritativ. Auch hier liegt eine Plan- und Zwangswirtschaft vor, aber sie bindet beide Teile. Erfahrungen mit solchen Maßnahmen liegen noch nicht vor. Deshalb man nur wünschen kann, daß über die faktische Arbeits- und Wirtschaftsorganisation bald ein deutsches Kompendium zum Studium vorgelegt werde.

Auf der Weltwirtschaftskonferenz hat am Freitag vormittag der amerikanische „Beobachter“, Vondirecter Robinson, gesprochen. Und er hat erzählt, warum es Amerika so gut geht. Seine Rede war eine Sensation. Denn Amerikas Wort als das Wort des großen Gläubigers wird

große Erfolge gehabt. Hohe Löhne würden mit niedrigen Preisen vereinigt.

Robinson sagte freilich nicht, inwiefern das mit Amerikas Wirtschaftsverhältnissen, Finanz- und Währungskraft zusammenhängt und von dem verarmten Europa nicht einfach nachgemacht werden kann. Man male sich nur aus, Deutschlands Kriegskriegsmaterial wie fort! und die sog. europäischen Siegerstaaten legten keinen Finger mehr darauf, Deutschland zu erschöpfen, indem ihnen ebenso die Schulden an Amerika, die giefes nicht reichlicher machen, gestrichen würden! Aber das sind verbotene Gedanken.

**Gegen Romantizismus und Begriffsinobeleien. — Förderativer Einheitsstaat? —
Neugliederung und Vösterreich.**

In der Aussprache erläuterte Reichsrat Dr. Hamacher den Begriff der Rheinlande und legte die Bedeutung der Bedeutung der Provinzen in Preußen klar. Unter Bezugnahme auf einen Artikel „Gegeneinander oder miteinander“ lehnte auch er den Reichs- und Heimatbund ab. Falsch! Inulnduldsamkeit diesem Bunde gegenüber sei abzulehnen.

In würdevoller Weise legte sich der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfielde mit falschen Aufstellungen bezüglich Preußen auseinander. Es sei unerfindlich, weshalb gerade Preußen mit dem Abbau beginnen solle, das Zweidrittel des Reiches darstelle, aber nur ein Zehntel der Verwaltungskosten in Deutschland verbrauche. Seinerzeit habe der preussische Landtag mit großer Mehrheit beschloffen, im Reichs aufzugeben, wenn auch die anderen das täten. Da habe man gesagt, jetzt solle Süddeutschland erst recht verpreußt werden. Man könne Preußen in dieser Frage unmöglich als den Delinquenten betrachten, der hingerichtet werden müsse. Man müsse doch auch die preussischen Instanzen hören. Auch müsse man die Struktur der Bevölkerung in Betracht ziehen. In Preußen sei die stärkste Arbeiterbevölkerung zahlreicher, als alle anderen Staaten zusammen genommen haben. In Preußen sei vieles an schwierigen Problemen eher durchzubekommen, als im Reich, wo der Reichstag den speziellen Verhältnissen dieses industrialisierten Landes erheblich ferner stehe. Zu einer Zeit, da große Summen für die Erforschung der Tier- und Pflanzenlebens ausgegeben würden, müsse man auch Mittel einsehen für die Erforschung der Lebens- und Lebensbedingungen der Menschen.

Neuerberth humorvoll und pointiert sprach Oberbürgermeister B. B. r a c h t (Essen) zur Sache. Wir hätten bisher immer das Glück gehabt, in Preußen Minister an der Spitze zu sehen, die den Reichsgedanken über den preussischen stellten. Wenn einmal die Radikalen rechts oder links am Ruder wären, könnte man einen Konflikt auf der ganzen Linie erleben. Die Sozialistische Finanzreform habe die Einheit des Reiches gerettet und die Staaten in schwerer Zeit zusammengezwungen. Ohne die Finanzereinheit des Reiches hätte es keine Steuerbefreiungen gegeben, und ohne dieselben keine Stabilisierung. An einzelnen Beispielen und treffenden Bemerkungen an Zwischenrufe zeigte der Redner, daß der Zentralismus zu unproduktive Arbeit leiste. Nötig sei die Stärkung der Provinz- und Ortsverbände, eben die Selbstverwaltung. In der westfälischen Demokratie versprechen die Gesetze zwar die Volksherrschaft aber genöthige sich schon daran, daß vieles auf dem Papier stehen bleibe. Das bringe eine verhängnisvolle Vertrauenslosigkeit mit sich. Das Maß daran sei erreicht. Auch bei der Grenze erreicht, bis zu dem man den örtlichen Behörden Aufgaben zuschiebe, ohne die nötigen Gelder zu geben.

Abg. Joos gab auf Grund der Beobachtungen auf seiner Wiener Reise einiges kund. Er überbrachte die Grüße der christlich-sozialen Partei. Er unterstrich, daß jede Gliederung des Reiches unter dem Gesichtspunkte des Beitritts Deutsch-Oesterreichs geschehen müsse. Wenn die Frage des Beitritts von Steiermark auf der Wiener Reise im kleinen Kreise angefnitten wurde, war die Reaktion darauf immer sehr lebendig. Man solle lieber von einem Zusammenschluß als von einem Anschluß sprechen. Die Oesterreicher wollten in Eigenheim im Reich gewahrt wissen und auch die Eingliederung Oesterreichs im staatsrechtlichen Sinne erhalten. Oesterreich möchte als besonderer Bund angegliedert werden. Oesterreichs außenpolitischer Aufgabenkreis, die besondere politische Stellung Wiens, müßten Beachtung finden. Oesterreich lege auch Wert auf die Wahrung, auf die Leistung des Staates an die Kirche, auf den Schutz der österreichischen Industrie, des Kleinverwerbes und der Landwirtschaft.

Amends fand ein gefelliges Beisammensein in den Räumen des Zoologischen Gartens statt, welches den Zeitgenossen und der Presse Gelegenheit gab, wagnisslos mit dem Parlamentariern Fühlung zu nehmen. Fröhlicher Sonnenschein lag über dem lebhaften Getriebe auf den Terrassen und auf den Pfaden des Zoos. Nachdem man sich von den Anstrengungen der Verhandlungen durch ein erquickendes Abendessen gestärkt hatte, blieb man noch lange zu freundschaftlicher Unterredung. Die auch durch die Zoopolemi sowie Gefangenschaft eines Parteifreundes annehmend gemütht wurde.

Die Wirtschaftslage des Rheinlandes.

Am heutigen zweiten Tage der Tagung war auch Arbeitsminister Dr. Baumbach im Reichsverband der Wirtschaft des Rheinlandes. Er schilderte die besondere Struktur des Wirtschaftsgebietes und die besonderen Ursachen einer Krise hier. Seine Forderungen zur Gewinnung des Rheinlandes waren: Beseitigung der Besatzung, Rückgabe des Saargebietes, Abschaffung aller Beschränkungen und Kontrolle des Handelsverkehrs.

baren Reparationsklausen auf ein erträgliches Maß und eine genügende Festlegung der deutschen Leistungen. Innerhalb dieser bei Stärkung der Kaufkraft und Abnahmefähigkeit sowie Selbstverpflichtung der Reparationsleistungen zu gewährleisten. Die Preise müssten durch Verbilligung der Produktionskosten in die Beilegung überflüssiger verteuert wählender Zwischenglieder und Bezeichnung zu hoher Gewinne gekürzt werden. Jeder Staat dürfte die Ertragskraft nicht an der falschen Stelle erstrebt werden. Der Staat in der Nationalisierung müsse eine gewisse Verwaltungsgewalt greifen. Überwachung der Wirtschaft durch den Staat sei geboten. Die öffentlich bekanntgegebenen Bilanzen verschleierte mehr, als sie klärten. Kampfziele und Erziehungsziele ließen sich nur für kurze Zeit rechtserziehend durchdringen notwendig seien langfristige Handelsverträge. Ertragskraft

In der Ausprache wies Tenhaeff's Ernelen auf die Notlage der Landwirtschaft und die sich daraus ergebenden Kautafwendungen hin: Standardisierung, Typifizierung und Marktfähigmachung der Erzeugnisse.

Überbürgermeister F a r v i d (Aachen) unterließ die Ausführungen über die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse b o l l e m auf dem linken Rheinufer. Er forderte Parität in der Gewährung von Verkehrsmöglichkeiten gegenüber der bevorzugten rechten Rheinseite, sei es durch Entgegenkommen der Reichsbahn in der Tarifgestaltung oder durch den Bau einer Ballerstraße zum Rhein.

Dr. Lübbering (Hess.) warb für die Solidarität aller Stände. Besonders wandte er sich gegen die demagogische Agitation der Wirtschaftspartei.

Frau Abg. Deutsch unterrich die Bedeutung der freien Liebestätigkeit auf konfessioneller Grundlage und beklagte die Höhe der von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu tragenden Kosten.

Der Nachmittag brachte die Fortsetzung der Ausprobirung. Hr. Körner (Vorn) klagte, daß die Aufforberung, den Binnenmarkt frätiger zu gestalten, von denen, die es angehe, wenig beachtet werde. Man müsse sich ebenjo unablässig dafür einlegen, daß die Frau aus der Fabrik heraustäme. Hr. Kroschach (Nachen) schilderte mit eindrudsvollen Zahlen die schwere Nothlage des Bezirks Nachen. Von 150 000 Einwohnern Nachens sind 30 000 auf die öffentliche Wohlthätspflege angewiesen. Man ließ das Eisenerzverkommen verdrängen. Nur die wirtschaftliche Noth hat 5000 deutsche Hauer nach Holland hinübergetrieben. Die Stadt Heerlen hatte vor dem Kriege 3000 Ein-

Nach dieser Aussprache wurden innerparteiliche Angelegenheiten besprochen. Generalsekretär Hamacher machte dazu einleitende Bemerkungen. Nützlichemönnig wies darauf hin, daß man in der Beziehung drüben Stellen nicht ängstlich sein solle, wenn es sich um Parteibehandle. Abg. Thomas Eijer prüfte die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Parlamenten, großen und kleinen, Deutschland. Rechtsanwalt Henry (Wonn) beantragt, die Bezirksvereinigungen alljährlich wieder im Herbst sein sollen und forderte einen Wahlreformausschuß bei der rheinischen Par. Frau Abg. Weber stellte fest, daß die Frauen zu wenig Partei herangezogen werden. Dr. Heuter (Köln) fand wichtige Worte für die Windthorstbewegung. Landesgeschäfführer Kaiser (Köln) beschäftigte sich noch einmal mit Beziehung des Regierungspräsidentenpostens in Köln, und Aufsichtsrat Mönnig antwortete darauf.

Strefemanns Sommerurlaub.

Berlin, 10. Mai. Die Nachricht eines Berliner Matrosenvereins, daß der Reichsaussenminister Dr. Strefemann im Sommer seinen Urlaub in Skandinavien verbringen werde, trifft nicht zu. Dr. Strefemann wird sich nach Oslo begeben, um als Träger des Friedensnotrufs den Weg in den Sagen der Stiftung vorgezeichneten Weg zu betreten.

ge 1 frag zu halten.

1990

für das
 einfuhr
 einfuhr
 80 Pro
 müße h
 nach de
 Englan
 zwar, b
 kriegsg
 geworde
 Holland
 an der
 nicht so
 die belg
 auf 10
 Holland
 falls in
 hältniß
 für fra
 Interess
 der gro
 die Ech
 1913 ha
 (Nepfel
 2295 d
 sehen,
 Erzeug
 der bei
 und von
 hat am
 Tafelst
 Spanie
 lands
 ist, daß
 bar von
 Häfen
 herein
 Garten

H

Adler
A. J. E.

Adj. P.
 Alex.
 AEG.
 - V.
 - Lt.
 Ala. P.
 Anglo
 Anh. K.
 -

Arch.
Augsb.
Hama
Barop
Basalt
J. Ben
Berg

Böhl.
Bösp.

Brom.
• Lit.
• Vu
• W
Bude
Byk-
Chem
L

D. W.
 D. Ca.
 Conc.
 Dalm.
 Delm.
 Dess.
 D.-At.
 L.

- Es
 - Ka
 - M
 Delon
 Donn
 Dure
 Dura

Dyn.
Eint
Eia. V
Elek.

E. L.
Keech
H.
Ess.
Farr
Volte
Glen

Fuco
 Gag
 Gebh
 Gebh
 Gela
 Geor
 Ger.
 G.

U. L.
Eirn
Glad
Göd
Gold
Gres
Grit

State
De
Dis
in

Doc
ord

Ku
we
sch
Kl
zie
fal

ve
Ba
we
tin
Ca
Gl

	be
	ta

1

1

Unterhaltung und Wissen

Dienstag, 10. Mai 1927

Beilage zur Neuh-Breidenburger Zeitung

Jahrgang 54 — Nummer 108

Goldmacher und ihre Schicksale.

Professor Nietzschs Vorläufer. — Die Dresdener Goldfabrik.
— Der Tod unter dem goldenen Galgen.

Die Entdeckung des Professors Nietzsch stellt keineswegs den ersten Fall dar, daß die Menschheit der ersten Überzeugung war, das Geheimnis, Gold zu machen, sei gelöst. Im 17. Jahrhundert wurde allgemein angenommen, daß das kaiserliche Laboratorium in Dresden das Mittel gekannt habe, Gold auf künstlichem Wege herzustellen, und es sollte den kaiserlichen August und Christian große Reichtümer daraus zufließen sein. Natürlich kann es sich nur um eine Fälschung gehandelt haben. Immerhin muß diese Fälschung so geschickt angestellt worden sein, daß sie jahrelang nicht entdeckt wurde. Das muß auch bei anderen Goldmachern angenommen werden, von denen die Geschichte zu erzählen weiß. Im Jahr 1600 herum erregte ein gewisser Markus Bragagninus aus Venedig großes Aufsehen, der Gold in Masse herstellen zu können vorgab und auch wirklich Proben seiner Kunst lieferte, die jedermann in Erstaunen setzten. Sein Gold wurde ihm begierig abgekauft. Auch Könige und Fürsten ließen sich von ihm für gute Bezahlung bedienen. Er konnte sich selber und anderen jeden gewünschten Haufen Gold verschaffen und führte ein wahrhaft luxuriöses Leben. Doch sein Glück nahm ein Ende, als er auch an den Münchener Hof kam und dort seine Kunst „münzen“ wollte. Der Herzog sah ihm genauer auf die Finger, und bald ergab sich der Verdacht, daß er ein Betrüger sei. Deshalb gab ihm der Herzog auf, seine Kunst vor einem besonders zusammengesetzten Gericht zu beweisen. Er aber zog es vor, den Betrag offen zuzugeben, woraufhin er eingekerkert wurde. Im Kerker schrieb er alle seine Vorfälle mit eigener Hand auf und überlieferte die Aufzeichnungen reuenvoll dem Herzog mit der Bitte um gnädiges Gericht. Das wurde ihm denn auch zuteil. Statt des Galgens und des Feuers, das er verdient hätte, wurde ihm die Enthaftung zugesprochen. Im jedoch anzudeuten, wegen welchen Verbrechens er hingerichtet würde, wurde ein Galgen aufgebaut, der mit Messing und Nitterstahl über und über bedeckt war, so daß man kein Ständchen Holz durchschimmern sah. Unter diesem Galgen wurde ein Gerüst aufgebaut, auf dem der Betrüger, auf einem Stuhle sitzend, enthauptet wurde.

Schlummer ging es einem gewissen Georg Bonauer, der einige Jahrzehnte später in Württemberg sein Wesen trieb. Er führte sich als vornehmer Herr am württembergischen Hofe ein, und es gelang ihm, den Herzog so zu umgarnen, daß er eine hohe Stellung am Hof und ein stattliches Gehalt erhielt, wofür er dem Herzog allerlei Versprechungen bezüglich seiner alchemistischen Künste machte. Es kam dahin, daß er des Herzogs Freund und Vertrauter wurde, in seinem Namen Briefe verhandelte, Verfügungen erließ, Geldsummen verschonte. Er war stets in seiner Gesellschaft und selber stets von dienenden Bedienten umgeben und von dem Hofe umringt, daß er sich durch Geldauswaschen geniet machte. Man konnte meinen, er und nicht der Herzog regiere das Land. Endlich aber wollte der Herzog doch auch Proben seiner Kunst sehen. Der Gästling stellte sie in Aussicht, erbat sich aber vorher einen Urlaub von drei Tagen. Den erhielt er. Da raffte er in aller Heimlichkeit zusammen, was er an Geld aufstreihen konnte, hinterließ dem Herzog einen Ballen wertlosen Metalls und verschwand. Der Herzog aber sandte ihm Hächer nach, und er wurde denn auch bald in Westfalen festgenommen. Er wurde nach Stuttgart zurückgebracht, und dort wurde er nach dem Vorbild, das der bayerische Herzog gegeben hatte, an einem mit Goldschmuck überzogenen Galgen hingerichtet. Und zwar auf eine besonders qualvolle Art. Er wurde in einem eisernen Käfig so aufgehängt, daß er mit den Fußspitzen gerade noch den Boden berührte. Zwischen Stehen und Gängen starb er so eines langsamen Todes.

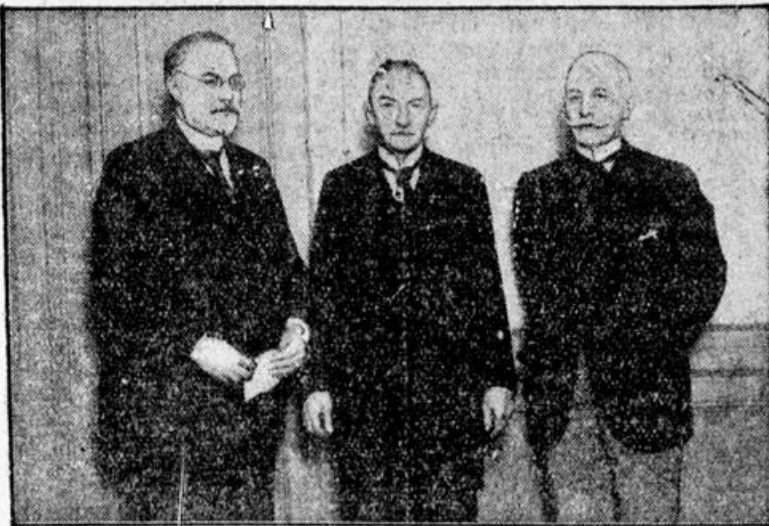
Indiens erster Bischof.



Dr. Debanahasa Acharia.

der über die Grenzen seines Landes hinaus bekannte Führer der indischen Katholiken ist zum Bischof von Dornakal ernannt worden. Er ist der erste Bischof für Indien.

Zur Tagung der evangelischen Generalsynode.



Von links nach rechts: Dr. Wolff-Machen, Präses der Rheinischen Provinzialsynode, 1. stellvertretender Präses der Generalsynode; Dr. Friedrich Winkler, Vorsitzender der Generalsynode; Dr. Graf von Seidlitz-Somdragky, 2. stellvertretender Präses der Generalsynode.

In Berlin findet soeben die Tagung der evangelischen Generalsynode statt, an der u. a. über die Einführung des evangelischen Bischofsamtes Beschluß gefaßt werden sollte, die aber mit geringer Majorität abgelehnt wurde.

Die Prinzessin von Lamballe.

Novelle von Bernhards Altmann.

Es war bei einem Fest der Königin. Der weite Saal strahlte blendend im Kerzenlicht, die Tafel war mit Rosen und Flieder überreich bekränzt. Die Damen trugen kostbare Toiletten und lächelten mit leuchtenden Augen. Nur den Blick der Königin verhielt sich ein wenig von noch nicht geweinten Tränen. Aber desto heiterer und lebhafter war ihre Freundin, die junge Witwe des Prinzen von Lamballe.

Oben erst hatte sie das leise Flüstern des Grafen an ihrer Seite im gleichen Ton erwidert, und schon wußte sie sich in das Gespräch, das der junge Abbe von St. Marie mit einer Hofdame führte.

„Ach“, rief Marie Therese von Lamballe den Worten des Priesters mit ihrem süßen Lächeln entgegen, „wenn die Leute kein Brot bekommen, so mögen sie sich doch einige Tage mit Kuchen behelfen.“

„Prinz“, erwiderte ihr der Abbe ernst, „die Leute sind nicht gewöhnt, Kuchen zu essen. Der würde ihnen auch — angenommen sie bekämen ihn — das Brot nicht ersetzen. Denn der ist nur für die Satten, die keinen Hunger und keine Arbeit kennen. Aber das wertvolle Leben kommt aus der Arbeit.“

„Wie können Sie sich zum Anwalt jenes arbeitsscheuen und feigen Gefühls machen?“ gab die Prinzessin zurück.

„Das Volk von Paris ist es müde“, war die Erwiderung des Priesters, „tats nur Aufhauer des Lebens zu sein und nach Brot hungern, in dessen andere beim Kuchen sitzen. Wenn man den Leuten nicht Brot schaffen kann, so könnte die Zeit kommen, da sich die Menge ins Königschloß drängt und mit zornigen Händen in die goldenen Zeller greift, aus denen sie sich doch nicht zu sättigen vermag.“

Diese Worte des Geistlichen glitten wieder durch die Gedanken der Prinzessin von Lamballe, als sie der Graf nach dem Mahle zum Tanz führte.

Leichter flimmerten, Juwelen funkelten und die Musik spielte betörende Weisen. Wie eine goldene Maske legte sich Fröhlichkeit über die Säle des Königschlosses. Aber Dunkel der Nacht und die Menschen waren hungrig und schrien nach Brot.

Bis zu seiner eigenen Wohnung verblieb der Abbe von St. Marie im Wagen der Prinzessin Lamballe, als diese nach dem Fest ihrem Landhaus zufuhr. Der Weg führte an einem großen Getreidefeld vorbei, auf dem sich eine kleine Kapelle erhob. Daneben stand in künstlicher Grotte ein Kreuzifix.

Der Nachtwind strich flüsternd vorüber, daß es wie süßes Erzählen klang.

„Das ist das hohe Lied der Arbeit, das in den Lehren singt“, sagte der Abbe leise.

Marie Therese erwiderte: „Sie sprechen immer nur von der Not des Lebens, weil Sie seine Schönheit nicht kennen. Wer aber von dem Kuchen gegessen hat, kann sich an das Brot nicht mehr gewöhnen.“

Doch er wies zurück nach der Kapelle und dem Kreuzifix. „Kennen Sie die Geschichte dieses Bildes, Prinzessin?“

Sie schüttelte verneinend den Kopf und er erzählte: „Dort, wo sich der Hügel erhebt, stand vor Jahrhunderten die Burg eines mächtigen Frankenritters, dem alles untertan war, so weit das Auge blickte. Doch war die Gegend damals nicht bebautes Feld wie jetzt, sondern unwirtliches Land, auf dem nichts gedeihen wollte. Weil aber der Ritter ein grausamer Herr war, überließ er seinen Untertanen zu ihrem eigenen Bedarf nur jenes kleine, unfruchtbare Gebiet, für das sich keine Arbeit lohnte. Da darben die Leute und wurden elend an Leib und Seele. Nun wohnte in einer niederen Hütte eine Witwe mit zwei Kindern, die den Hunger der Kleinen nicht mehr stillen konnte. Weil ihr nun der Jammer wie ein siebenfaches Schwert durch die Seele nach, ließ sie eines Nachts aus dem Haus zu dem Kreuzifix, weinte und betete. Bis ihr plötzlich ein Gedanke kam, den sie nicht von sich wies, weil der Mutterliebe nichts unmöglich erscheint. Sie begann mitten in der Nacht — das Feld zu bearbeiten. Anfangs war die Arbeit schwer, aber mählich wurde sie immer leichter und die Erde, die sie aufwarf, immer schöner. Aber sie wunderte sich weder darüber, noch über den Sämann, den sie an ihrer Seite gehen sah. Nur wachte sie nicht ihn anzuwenden, ob des wunderbaren Leuchtens, das von ihm ausging. Bis erst das ganze Stück Land bebaut war, da betete sie nochmals vor dem Kreuzifix, und nun kam alles Leuchten von dem heiligen Bild. — Als dann die Ernte kam, stand das

Feld der Armen so schön wie kein andres. Auf dem unwirtlichen Steinboden beugten sich die Lehren unter ihrer reichen Last und fluteten wie ein goldenes Meer im Sonnenlicht. Hin und wieder aber leuchteten rote Blumen dazwischen wie Tropfen Blutes — als hätte jemand mit wunden Händen gesät. Doch der Segen ist diesem Feld bis heute geblieben, da immer noch von dem Weizen dieses Feldes das Brot zur hl. Messe für alle Kirchen der Umgebung bereitet wird.“

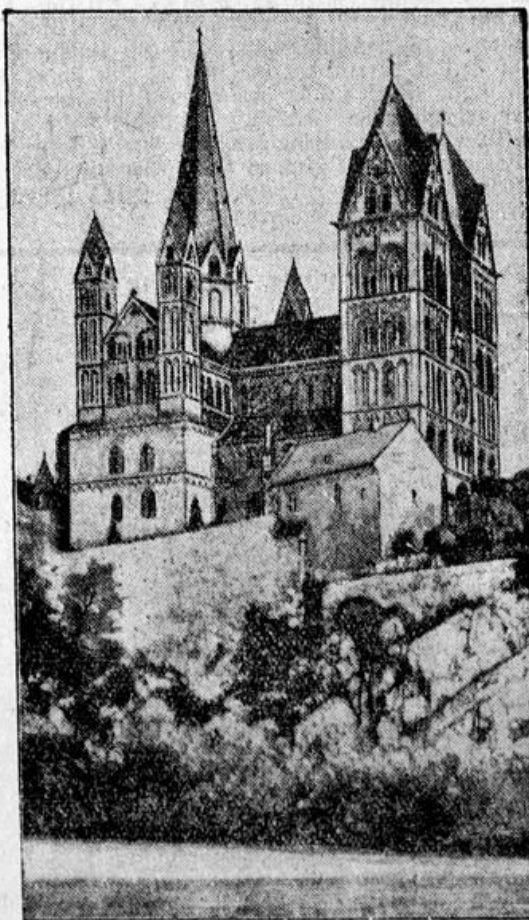
„Das ist ein hübsches Märchen“, sprach Marie Therese, „daß der Heiland selber kommt, den Armen das Brot zu bringen; das sollte er jetzt wieder tun, da das Volk von Paris hungert.“

Der Priester lächelte leise. „Wir können nie wissen, wessen Verlangen noch einmal das größere sein wird nach dem Brot des Heilandes!“

Dunkles Geschehen erfüllte die Zeit. Was rückgedrängt gewesen seit Jahrhunderten, sprengte die Fesseln und griff mit blutgetränkten Händen nach dem Rächerswert. So ward gerechtfertigtes Verlangen zu Unrecht und Schuld. Durch die Strafen von Paris drängte das Entsetzen. Jeder Tag brachte neues Verderben. Kirchen und Klöster wurden gesperrt, die Gefängnisse waren überfüllt. Auch Marie Therese von Lamballe fand sich, jäh herausgerissen aus Glanz und Freuden, in einer finsternen Kerkerzelle. Aber selbst die Härte der Entbehrungen konnte den Zauber ihrer Schönheit nicht trüben. Der Wächter des Kerkers war ein junger Mann mit lebenden Augen und fühlendem Herzen. Wohl war er ein begeisterter Anhänger der Revolution; aber war die Prinzessin Lamballe darum weniger schön, weil sie ehemals eine Prinzessin gewesen?

So kam es, daß Marie Therese aus dem Kerker entfliehen konnte, denn der junge Wächter war gegen den bedrohenden Reiz ihres Lächelns willenlos geworden. In dunkler Verkleidung flüchtete sie aus der Stadt, kam hinaus auf das Feld zu der Kapelle und der Grotte mit dem Kreuzifix.

100 Jahre Bistum Limburg.



Blick auf den Dom in Limburg a. d. Lahn. Das Bistum Limburg konnte vor kurzem die Feier seines 100jährigen Bestehens begehen. Der Dom selbst stammt aus dem 13. Jahrhundert.

Der Einzelhandel und das Zentrum.

Von J. H. K. r., Berncastel-Gues,
Vorstandender des Einzelhandels der deutschen Zentrumspartei.

Nach den Tagungen der politischen Parteien ist das politische Interesse besonders rege. Man hat Forderungen und Urteile gehört, man hat sich über die Zukunftsaussichten ausgesprochen und so eine Stimmung erzeugt, die längere Zeit höchste Aktivität auf allen Seiten zur Folge hat. Dies veranlaßt mich, auf einiges hinzuweisen, das gerade jetzt eine aufmerksame Beachtung verdient.

Zunächst darf ich wohl daran erinnern, daß in der zurückliegenden Zeit vom Zentrum viele Anträge gestellt worden sind, die auch dem Einzelhandel förderlich waren. Diese von der Reichstagsfraktion gestellten Anträge sind vor allem auch vom Reichstag angenommen worden, sodaß nicht nur von bloßen schönen Worten gesprochen werden kann. Von anderer Seite sind zwar auch dem Einzelhandel betreffende Anregungen gegeben worden, doch haben sie nicht dasselbe gute Schicksal gehabt, wie diejenigen, die von den in der Zentrumsfraction sitzenden Mittelstandsvertretern gegeben wurden. Darf ich daran erinnern, daß der Anreger und Urheber des Arbeitsbeschaffungsprogramms, durch das u. a. auch der vom Einzelhandel so sehr empfundene Mangel an Kaufkraft gehoben werden soll, die Zentrumsfraction des Reichstages ist? Auch die von derselben Stelle eingebrachten Anträge wegen der Sicherstellung des Betriebskredits und vornehmlich eines Mittelstandskredits wurden vom Plenum des Reichstages angenommen und sind in der Zwischenzeit auch ausgeführt worden. Ebenso liegen die Dinge wegen der den Mittelstand so sehr schädigenden Regiebetriebe und wegen des unberechtigten Straßenhandels. Einer Zentrumsanregung entspringt auch die Verordnung zur Bekämpfung der Regiebetriebe, die durch die Ausführungsverordnung vom 17. Mai 1926 verfügt, daß z. B. bei Gas- und Elektrizitätswerken die Gewinne aus Installationsgeschäften und aus dem Verkauf von Beleuchtungsartikeln zur Körperschaftsteuer herangezogen sind. Wer erinnert sich nicht auch der Zentrumsfractioneninterpellation vom vorigen Jahre, die sich gegen die vielerorts geübte rückständige Steuerbeitreibung richtete! Auch die Anträge wegen Herabsetzung von Verzugszinsen und Strafen bei rückständigen Krankenkassenbeiträgen sind vom Zentrum begründet und eingebracht worden. Diese wenigen Hinweise dürften schon genügen, um darzutun, daß das Zentrum sich wirklich auch um den Einzelhandel kümmert, wobei die nicht so in die Öffentlichkeit bringende intensive Arbeit nicht unerwähnt gelassen werden darf, die verrichtet hat, daß manches nicht schlimmer gekommen ist, als es ohne diese Arbeit sehr wohl hätte kommen können.

Bei aller Arbeit, die bisher schon für uns geleistet worden ist, müssen wir jedoch immer wieder fragen: Es kann garnicht genug getan werden, um die Lage des kaufmännischen und gewerblichen Mittelstandes zu erleichtern. Lassen sich doch die verantwortlichen Kreise nur nicht täuschen und blenden durch die sich unaufhörlich überbietende glänzende Aufmachung der

Verkaufsläden und Schaufenster! Einer freilich den anderen in dem heutigen Existenzkampf, denn viele tausende der alten Eigenbetriebe, deren Erhaltung in erster Linie im Allgemeininteresse liegt, kämpfen heute um ihre Existenz. Wenn diese deshalb auch die politischen Parteien um die Berücksichtigung ihrer berechtigten Belange ersuchen, so fordern sie nichts Unbilliges. Sie bewegen sich vielmehr gerade dadurch auf dem Boden der Reichsverfassung, die den Schutz und die Förderung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes als Leitfaden für die politische Arbeit aufstellt.

Die vom rheinisch-westfälischen Einzelhandel gerade in diesen Tagen getroffenen Vorbereitungen für eine öffentliche Kundgebung, die am 10. Mai in Dortmund stattfinden wird, veranlassen mich auch, die Politiker auf einige grundsätzliche Forderungen aufmerksam zu machen, bei deren Anerkennung ein großer Teil der den Einzelhandel bedrückenden Schwierigkeiten leicht beseitigt werden kann. Es handelt sich um den Warenhandel, der von allen möglichen anderen Stellen, teilweise sogar unter Bedingungen vor sich gehen kann, die gegenüber den für den Einzelhandel bestehenden als unberechtigte Vergünstigungen bezeichnet werden müssen. Die Konsumtenselfversorgung z. B. ist heute noch immer steuerlich begünstigt. Dasselbe gilt von der privatwirtschaftlichen Betätigung öffentlicher Körperschaften, die zudem noch durch die enge Anlehnung an die Verwaltung besondere Vergünstigungen genießt. Der Einzelhandel verlangt demgegenüber nicht mehr und nicht weniger als eine Gleichstellung aller, die den Konsumenten mit Ware versorgen und eine Beschränkung der öffentlichen Hand auf ihre ureigenen Aufgabengebiete. Das uns nicht eine rein äußerliche Gleichstellung genügt, ist selbstverständlich. Es müssen auch alle versteckten und indirekten Vergünstigungen fallen.

Uns scheint, daß keine Forderung so berechtigt ist, wie die vorstehende.

Der Beamte soll der Diener des Staates sein und nicht mehr.

Die Gemeinde soll ihre Verwaltungsaufgaben erfüllen und nicht mehr.

Keinem Berufsstand dürfen durch Ausnahmebestimmungen Erleichterungen in seiner Betätigung bereitet werden.

Jeden Berufsstand müssen die Gesetze gleich schwer treffen.

Das sind die grundsätzlichen Forderungen, die der Einzelhandel zurzeit stellt. Er will keine Sonderrechte, sondern nur gleiches Recht für alle.

Es dürfte nicht schwer fallen, die Berechtigung dieser Forderungen anzuerkennen. Auch die politischen Parteien müssen sich zu ihnen bekennen. Wenn das befreiende „Ja“ gesprochen ist, wird man über die Einzelheiten sehr schnell einig werden. Laßt uns deshalb schnell die Basis suchen, auf der wir alle zusammenkommen können. Es eilt!

Ein Neuaufteilung von Teilen der Rheinprovinz.

Koblenz, 7. Mai. Von unterrichteter Seite will die Koblenzer Volkszeitung erfahren haben, daß bereits Vorbereitungen für einen späteren Austausch der Erbkasse Wehr gegen verschiedene am Rhein liegende Teile der Provinz Hessen-Nassau in Berlin und an anderen beteiligten Stellen im Gange sind. Diese Neuaufteilung soll in dem Augenblick in Kraft treten, wo die Koblenzer Zone von der fremden Besatzung geräumt ist. Folgender Plan wird erwogen: Der Unterlahnkreis (Rhein) soll in drei Teile aufgeteilt werden. Sein nordwestlicher Teil fällt an den Unterweserwaldkreis Montabaur, der Mittelteil an den Kreis Limburg und der südwestliche Teil an den Kreis Langenschwalbach. Bei St. Goarshausen sollen Braubach, Oberlahnstein und Niederlahnstein abgetrennt und dem Kreise Koblenz zugeteilt werden, wodurch endlich ein einheitliches Wirtschafts- und Interessengebiet und die Stadt Koblenz geschaffen wird. Die übrigen Teile des Kreises St. Goarshausen würden an Langenschwalbach und den Rheingaukreis Rüdesheim fallen.

Diamantenes Priesterjubiläum.

Erfelden, 8. Mai. Der im Ruhestande hier lebende hochwürdige Herr Dr. Sommer kann am 1. September d. J. sein diamantenes Priesterjubiläum begehen. Dr. phil. Mich. Josef Sommer wurde am 17. März 1843 zu Dären geboren und am 1. September 1867 in Köln zum Priester geweiht. Von 1867 bis 1870 war er an der höheren Schule in Herzogenrath und von 1870—1878 Rektor an der höheren Schule in Stolberg. Von 1878—1887 war er als Kaplan und Religionslehrer in Stolberg tätig. 1887 kam er als Rektor an das Erzbischöfliche Hochscholam nach Opladen und wurde am 19. Mai 1903 zum Pfarrer von Opladen ernannt. Er verzichtete auf eine weitere Pfarrstelle am 30. September 1917 und lebt seitdem im wohlverdienten Ruhestande.

Sindenburg in Oldenburg.

Oldenburg, 7. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg traf am frühen Morgen ein und wurde vom Ministerpräsidenten und Oberbürgermeister empfangen. Nachdem die Ehrenkompanie abgeschritten war, fuhr der Reichspräsident durch die geschmückten Straßen und das Spalier der Vereine und Schulen zum Staatsministerium. Hier sangen Schülerchöre ein Begrüßungslied. Die leitenden Beamten wurden vorgeführt. Mittags war Begrüßung im Rathaus durch die Stadt.

Verfuerde des Deutschen Volksbundes an Calonder.

Berlin, 8. Mai. Der Deutsche Volksbund hat an den Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, eine Denkschrift gerichtet, in der er besonders wegen der in der polnischen Presse und in Flugblättern den deutschen Eltern angeführten Drohungen Beschwerde erhebt. Der Präsident wird gebeten, mit allen möglichen Mitteln gegen die verheerende Agitation gegen die deutsche Minderheitschule aufzutreten und etwaige beteiligte Beamte zur Rechenschaft zu ziehen.

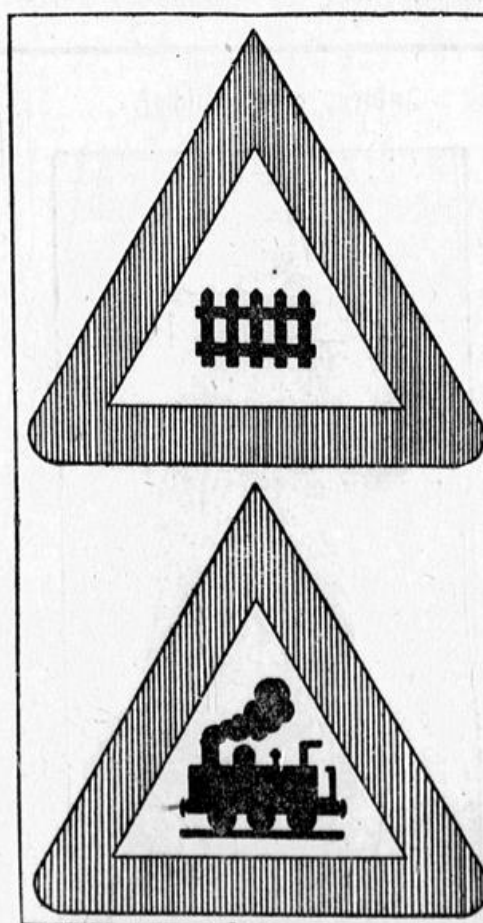
Neue Durchbrüche.

Neuroleas, 7. Mai. Der Kamm der Mississippi-Mitwelle ist noch immer nicht festgelegt worden. Man glaubt jedoch, daß er sich jetzt zwischen Vicksburg und Natchez befindet und mit einer Schnelligkeit von 80 Kilometern täglich südwärts rückt. Tausende von Freiwilligen sind an den Deichen eingeteilt worden, und die Arbeit wird Tag und Nacht mit höchster Anspannung aller Kräfte durchgeführt. Unter der Bevölkerung von Neuroleas macht sich erneute Beunruhigung bemerkbar, da durch die Flüchtlinge den Bewoh-

nern die Größe der Katastrophe vor Augen geführt wird und sie hören müssen, wie trotz aller Schutzmaßnahmen die Deiche am Mittellauf des Mississippi nach und nach bersten. Die angestregten Bemühungen der Behörden haben es erreicht, daß nunmehr für den größten Teil der flutbedrohten Unterwelt vorhanden ist. Die Regierungsschiffe durchstreifen planmäßig die überschwemmten Gebiete und haben heute, soviel bekannt ist, über 1500 Personen, die sich schon verloren glaubten, in Sicherheit gebracht.

Washington, 8. Mai. Das Wetterbureau der Regierung hat eine telegraphische Warnung an die Bevölkerung des südlichen Louisiana ergehen lassen, in der erklärt wird, daß mit dem Fortschreiten des Kammes der Flutwelle des Mississippi nördlich von Neuroleas neue Deichbrüche zu erwarten seien. In diesem Falle würden 14 Landkreise mit einer Bevölkerung von über 200 000 Personen gefährdet sein.

Einheitliche Zeichen für Bahnübergänge.



Neue Warnungstafeln der Reichsbahn-Gesellschaft.

Ober: Übergang mit Schranke.
Unten: Übergang ohne Schranke.
(Seitenlänge der Dreiecksflächen 1,05 Meter).
Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft wird demnächst bei allen Bahnübergängen einheitlich im ganzen Reich die oben abgebildeten Warnungstafeln einführen.

Es war spät im Herbst und grau und trüb hing der Himmel über die endlose Traurigkeit des Feldes. Unfähiges Weh strich durch den leise niederdämmernden Tag und die Vergänglichkeit schien greifbar nahe.

Marie Thereses trostloser Blick gewahrte den Abbe von St. Marte, der vor dem Kreuzig kniete, sich nun vom Gebet erhob und sie erkannte.

„Woher kommen Sie,“ fragte er überrascht.

„Gerade aus dem Kerker“, gab sie zurück.

„Sie müssen vorsichtig sein, Madame, kommen Sie mit mir!“

Willenlos folgte sie ihm in die Stube des nahen Bauernhauses, die er ihr für diese Nacht überließ.

Unfähig viel liegt oft in der Schlaflosigkeit einer einzigen Nacht. In Reichtum und Glück war Marie Thereses aufgewachsen, hatte in sorgloser Freudigkeit von den innersten Werten des Lebens nichts gekannt. Aber in jener Nacht, die sie nicht im Festesjubiläum, sondern in einsamen Sinnen durchwachte, während der Herbst in wortloser Traurigkeit durch das Land strich, ward überwältigende Sehnsucht in ihr wach. Die Sehnsucht nach dem Wert, dem Brot des Lebens. Fast gegen ihren Willen lüchelte ihre Gedanken in der Erinnerung nach lang vergeblichem Gebete: „Gib uns heute unser tägliches Brot!“

Die Bäuerin, der das Häuschen eignete, klopfte des morgens an die Tür: „Madame, wir gehen zur hl. Messe!“ Da war es Marie Thereses, als wollte das Verlangen ihrer Seele sichere Richtung nehmen. Sie trat hinaus, sah neben der Bäuerin den jungen Abbe. Der sprach: „Die kleine Kapelle neben dem Kreuzig ist noch nicht gespert worden. Dort lese ich die hl. Messe. Wollen Sie mitkommen?“

Seltene Gedanken flogen an Marie Thereses Seele vorüber. Kornfelder wogten in goldener Lebensfülle. Durch die Aehren schritt der Heiland und segnete die Arbeit und segnete das Brot. In Luftschiffen und Palästen vergingen ungenügte Tage in goldenem Glitter. Ohne Wert und ohne Segen.

Um sie schwannte es: sie griff hilfverlangend nach den Händen des Priesters. Dieser winkte der Bäuerin, sich zu entfernen, und blieb mit der Erregten allein.

Alles, was sie bedrückte, all die Schuld ihrer Gedankenlosigkeit, deren Erkenntnis ihr erst in letzter Nacht geworden, berichtete Marie Thereses dem Priester und dem Heilande. So konnte der Abbe die Last von ihrer Seele nehmen, damit sie in neu geschenkter Gottesfurcht an den Tisch des Herrn zum heiligen Mahle treten konnte.

Geb hatte Marie Thereses in der kleinen Kapelle das Brot des Lebens empfangen, als Soldaten der Revolution hereinbrachten, an sie und den Abbe Band anlegten.

„Bürgerin Ramballe“, herrschte sie der Anführer an, „ich verhafte Sie neuerdings im Namen der Freiheit. Und diesmal werden Sie mit dem Leben nicht davon kommen.“

Der Blick der schönen Gefangenen glitt über das herbstliche Feld. Ein neuer Frühling würde es grünen lassen; im neuen Sommer würde es im Sonnenlicht gleich einem goldenen Meer fluten; von Gott selber gesegnet. Ewiges Brot — ewiges Leben!

„Nun, haben Sie keine Angst vor dem Tode?“ rief einer der Soldaten.

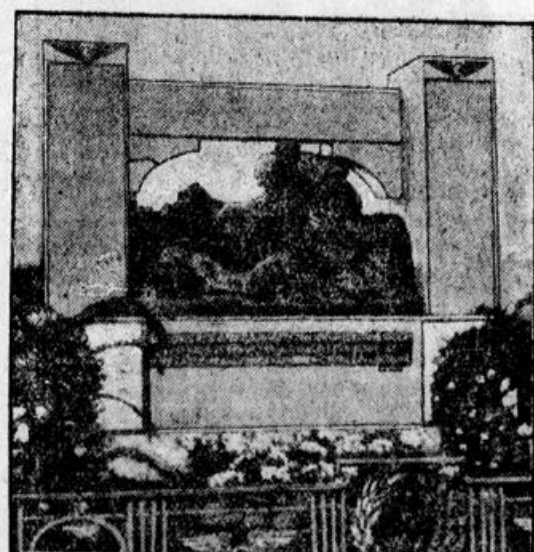
„Was kann der Tod mir anhaben?“ gab sie mit süßem Rächeln zurück, „der das Brot des Lebens in sich birgt.“

Ihr Blick traf das klare Auge des Priesters. Der fing ihn auf und lenkte ihn hinaus in die weite Landschaft, wo durch den trüben Morgendämmer der neue Tag in sieghafter Schöne anbrach.

Rheinischer Städtetag.

Godesberg, 7. Mai. Die Tagesordnung für die Hauptversammlung des Rheinischen Städtetages am 14. Mai 1927 in Godesberg im Kurhaus Redoute sieht folgendes vor: 1. Eröffnung und Begrüßung. 2. Bildung eines Wahlvorbereitungsausschusses. 3. Vorträge: „Finanzlage der Städte, unter besonderer Berücksichtigung des vorläufigen und endgültigen „Finanzausgleichs“, vom Präsidenten des Deutschen und des Preussischen Städtetages, Dr. Mulert, Berlin. „Die Finanzierung des Wohnungsbaues und die Gemeinden“, von Beigeordneten Dr. Greven, Köln. „Die Verwendung der öffentlichen Wohnungsbauvermögen, insbesondere der kommunale Wohnungsbau“, von Beigeordneten Dr. Weich, Duisburg. 4. Bericht über die Abnahme der Jahresrechnung 1926 u. Entlastung des Vorstandes. 5. Vorstandswahl. Die Verhandlungen beginnen um 10 Uhr vormittags, um 12½—1 Uhr findet Frühstückspause statt. Für 4 Uhr nachmittags ist gemeinsames Mittagessen im Rheinhotel Dreesen — Gedes 3 Mark — vorgesehen. (Autobusse vermitteln unentgeltlich die Fahrt dorthin.) Anschließend an die Tagung findet eine Rheinfahrt mit Motorbooten bis Grafenwerth und zurück statt. (Einladung der Kurverwaltung Bad Godesberg.)

Den Opfern von Bellinzona.



Ein Denkmal am Schauplatz der großen Eisenbahnkatastrophe.

Den Opfern des schmerzlichen Eisenbahnunglücks von Bellinzona in der Schweiz, bei dem auch Staatssekretär Dr. Karl Helfferich, der hervorragende deutsche Wirtschaftspolitiker unser Leben kam, ist jetzt in den Anlagen von Bellinzona ein Denkmal gesetzt worden. Unser Bild zeigt das von den Eisenbahnverbänden errichtete Denkmal.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 9. Mai 1927.

Simmelfahrt.*)

Von Heinrich Berich.

Fuhr ein Schiffer auf dem Rheine:
Großes, weißes Segel baufte,
Heber ihm die Wöden glitten
Durch die helle Abendluft.
Fuhr vorbei an Duisburg Ruhort;
Rot im Waberdunst des Staubes
Gluteten die Wellblechdächer,
Winderhüter, Schrägaufzüge,
Eplternachte Fördertürme,
Qualmumflossene Schornsteinfelsen
Alle Wauerquadern glähnten.
Feuer aus Hochofenschloten?
Der aus dem Abendrot?

Ind der Schiffer auf dem Rheine
Sah, wie eine rote Flamme
Aufstieg in die weiße Wolke.
Da zog durch den Brückenbogen
Stand der Schiffer unter Mastbaum
Als der schwere Brückenpfeiler
Wolke, Wert und Stadt verdeckte.

Als er wieder in das Licht sah
War das Zauberbild verschwunden.
Wiesen blühten bunten Frühlings!
Zwischen Bäumen, Eichen, Birgen
Langen sonntagsbunte Kinder
Einen alten deutschen Reigen.
Aber vor der Abendwolke
Die im Rotpurpurganz erblühte,
Auf der roten Sonnenröhre
Aniete aufgerichtet ein Mensch,
Farben, glühende Korallen,
Leuchteten um Leib und Antlitz
Und die Augen waren eines
Bergmanns oder Jesu Christi.

Auf der ausgestreckten Linken
Hand stand Duisburg-Ruhort;
Während seine Rechte nieder
Grabend in die Erde fuhr.
Und er nahm mit spitzen Fingern
Grab als pflicht er eine Blume —
Von der Wiese hinter Sandborn
Einen letzten Förderturm.

Und der Schiffer auf dem Rheine
Sah die Sonne nieder sinken,
Und den Jüngling auf der Wolke
Höher in die Sterne steigen,
Als er in den Hafen fuhr.

Lang nach sah er unter Mastbaum
Nach dem leeren Sonnenröhre,
Nach dem leeren Horizont,
Nach den Augen des jungen
Bergmanns oder Jesu Christi.

Marianische Jünglings-Kongregation St. Joseph. Heute Dienstag abends 8 1/2 Uhr pünktlich Bezirksvorstellung beim Präses. 1/2 9 Uhr im Jugendheim Turnen der 1. Riege, beim Präses Gefang mit Instrumenten. Donnerstag 1/2 9 Uhr wieder allgemeines Turnen. Am nächsten Sonntag, den 15. Mai, machen wir unseren Ausflug ins Siebengebirge. Morgens 6.11 Uhr Abfahrt von Neuß, 7.30 Uhr hl. Messe im Kölner Dom. Abends 9.15 Uhr Ankunft in Neuß. Der Fahrpreis 2.50 Mark ist bis spätestens morgen Mittwochabend beim Präses mit der Anmeldung einzuzahlen. Mundvorrat für den ganzen Tag ist mitzunehmen. Wir bitten auch, Lauten, Gitarren und Mandolinen mitzubringen sowie einen Vorrat an Wanderliedern. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß dem Führer unbedingt Folge zu leisten ist, andernfalls wir die Verantwortung ablehnen.

Katholischer Lehrerbinnenverein. Es wird nochmals erinnert an unsere Versammlung am Mittwoch, den 11. Mai. Unsere Wochenheft brachte irrtümlich den 4. Mai als Versammlungstag. Die Tagesordnung ist bekannt. Wegen des wichtigen Vortrages wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Geldene Hochzeit. Am 2. Juni feiern die Eheleute Theodor Lappert und Frau Josephine, geb. Busch, in Neuß, Hammortwallstraße 7, werden am 21. Mai das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Der Jubelbräutigam ist geboren am 1. 4. 1851, die Jubelbräut. Cäcilia geb. Elafen, am 14. 7. 1852, beide zu Hamm. Die ganzen Bewohner zwischen Ertz und Rhein werden regen Anteil an dem Fest nehmen.

Geldene Hochzeit. Herr Dachdeckermeister Heinrich Becker und Frau Josephine, geb. Busch, in Neuß, Hammortwallstraße 7, werden am 21. Mai das Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Der Jubelbräutigam ist 76, die Jubelbräut 72 Jahre alt. Dem alleits geschätzten Paar ist ein schöner Festtag zu wünschen.

Fräulein Therese Nix, eine der ältesten Mitbürger unserer Stadt, feiert am 11. Mai ihren 80. Geburtstag. Fräulein Nix erfreut sich noch körperlicher und geistiger Frische. In früheren Jahren hat sie sich ganz besonders armen Waisen gegenüber verdient gemacht. Mehr als 30 armen Kindern ist sie eine gute Mutter gewesen und haben in ihrem Hause die Heimat gefunden, da das Waisenhaus noch nicht erbaut war. Die Jubilarin liebt noch täglich unsere Zeitung. Ihren Lebensabend beschließt sie im St. Anna. Mögen ihr noch viele sorgenlose Jahre beschieden sein.

Sanitätskolonne. Die Versammlung der Kolonne findet nicht am Freitag, sondern am Donnerstag statt.

Mheinisches Städtebühentheater. Vielen Wünschen aus Besucheitreisen entsprechend wird augenblicklich der überaus lustige und erfolgreiche Schwank von Thomas Brandon „Charles Tante“ einstudiert. Die Erstaufführung findet kommenden Samstag, abends 8 1/2 Uhr, statt. Die Vorstellung wird zu ganz bedeutend ermäßigten Sommerpreisen gegeben und zwar: 2 M., 1.50 M., 0.75 M., 0.50 M.

*) Eine neue Probe des Arbeiterdichters, zum heutigen Arbeiterdichtertag der „Werkjugend“.

Neuregelung der Hauszinssteuer 1927.

Von Dr. Berres, Volkswirt R. D. V.

Durch Gesetz zur Änderung der Hauszinssteuer vom 27. April und Ministerialerlaß vom 3. März d. J. ist wiederum eine umfassende Neuregelung teils zu Gunsten, teils zu Ungunsten der Steuerpflichtigen erfolgt.

Ab 1. April ist der Steuerfuß für den Normalfall von 1000 Prozent auf 1200 Prozent der Kaaf. Steuer vom Grundvermögen erhöht worden. Mit dieser Erhöhung sind gleichzeitig weitere Erleichterungen geschaffen, die im allgemeinen den Steuerpflichtigen nur auf Antrag gewährt werden können. Bisher wurde die Steuer auf Antrag bei folgenden Grundstücken ermäßigt, die am 31. Dezember 1918 mit nicht mehr als 40 Prozent des Friedenswertes belastet waren. Diese Höchstgrenze ist jetzt auf 60 Prozent festgesetzt worden und die bekannt gestaffelte von 375 Prozent bis 875 Prozent wie folgt festgesetzt: Belastung bis 45 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 1000%, Belastung bis 50 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 1050%, Belastung bis 55 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 1100%, Belastung bis 60 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 1150% der Grundvermögenssteuer.

Bei den über 45 % des Friedenswertes belasteten Grundstücken, die vom Eigentümer bewohnt oder für seine gewerblichen Zwecke genutzt werden, ist auf Antrag die auf die eigentümlichen oder eigengenutzten gewerblichen Räume im Verhältnis der Friedensmiete entfallende Hauszinssteuer auf 1000 % herabzusetzen. Diefelbe Ermäßigung findet für Grundstücke von Baugenossenschaften, die von Mitgliedern dieser Baugenossenschaften bewohnt werden, auf Antrag statt.

Einfamilienhäuser. Wenn bei Einfamilienhäusern die steuerlichen Voraussetzungen (Eigentum, 90 qm Wohnfläche) gegeben waren, wurde die Steuer bisher bei einer Belastung unter 20 % des Friedenswertes am 1. Juli 1918 auf 0 Mark, ermäßigt und bei einer höheren Belastung um 250 % des geltenden Steuerfußes. Auch hier ist jetzt eine weitere Staffelung vorgenommen worden wie folgt: Belastung bis 30 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 500%, Belastung bis 40 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 625%, Belastung über 40 % des Friedenswertes = Hauszinssteuer 750 % der Kaaf. Steuer vom Grundvermögen.

Eine weitere Erleichterung dürfte dadurch geschaffen sein, daß der Eigentümer eines Einfamilienhauses einzelne Räume für seine gewerblichen Zwecke benutzen darf, ohne daß hierdurch dem Hausgrundstück der Charakter als Einfamilienwohnhaus im Sinne der steuerlichen Vorschriften genommen wird. Dem Eigentümer gleichgestellt sind die Mitglieder von Baugenossenschaften, die ein Einfamilienhaus der Baugenossenschaft mit der Anwartschaft auf spätere Eigentumsübertragung bewohnen. Gehören zu einem Einfamilienhaus Nebengebäude, die vom Eigentümer oder seiner Familie zu gewerblichen Zwecken genutzt werden, so gilt die Nutzfläche der Nebengebäude als Wohnfläche des Einfamilienhauses, wenn beide zusammen die festgesetzte Höchstgrenze nicht überschreiten, andernfalls sind die Nebengebäude unter Zugrundelegung der Belastung des Gesamtgrundstücks als besonderes Steuerobjekt nach den allgemeinen Vorschriften, das Wohnhaus aber ist als Einfamilienhaus zu behandeln. Die festgesetzte Wohnfläche von 90 qm wird aus Billigkeitsgründen für kinderreiche Familien, das h. Familien mit vier oder mehr unvorhergesehen Kindern, auf 100 qm erweitert. Der Charakter des Einfamilienhauses wird ferner nicht berührt, wenn der Haushalt des Eigentümers von seinen verheirateten Kindern und deren Familie geteilt wird.

Reparaturhypotheken. Einem allgemeinen Bedürfnis ist die Neuordnung dadurch nachgekommen, daß die Steuer um den Betrag zu ermäßigen ist, den der Eigentümer als Verzinsung und Tilgung für die Schuld aufwendet, die er als Hypothek für notwendig geordnete Reparaturen aufgewendet hat.

Anträge. Die Antragsfristen für obige Ermäßigungen (mit Ausnahme der letzten) laufen am 1. Oktober d. J. ab. Ist ein Antrag wegen des Friedensmietwertes oder der geringen Belastung oder der Eigenschaft als Einfamilienhaus bereits früher gestellt, so gilt der Antrag auf Gewährung der vom 1. April 1927 an geltenden entsprechenden Steuerermäßigungen als gestellt und der Steuerbescheid als erteilt.

Für alle schon früher geltenden Ermäßigungsbestimmungen läuft die Antragsfrist (sofern eine solche vorgesehen war) am 1. Juli d. J. ab. Die wichtigsten Fälle sollen hier folgend, soweit sie sich wesentlich geändert haben, kurz besprochen werden.

Friedensmietwert. Bei Ermäßigungen nach dem Friedensmietwert wurde ab 1. Juli 1926 der Veranlagung der Friedensmietwert der Gebäude (des räumlichen Gelasses) und der dazugehörigen Hofräume zugrunde

gelegt. Für bebaute Grundstücke, die außer den Gebäuden und dem Hofraum noch Hausgärten usw. umfassen, können also neue Anträge gestellt werden. Der Mietwert der Gärten bleibt dann bei Berechnung der Hauszinssteuer außer Anlaß.

Wenn gewerblich genutzte Räume von dem Mieter gekündigt werden, und die Weitervermietung nur durch Vereinbarung einer nachweislich geringeren als der gesetzlichen Miete möglich ist, so muß die Einziehung der auf diese Räume entfallenden vollen Hauszinssteuer als unbillige Härte angesehen werden. Eine Ermäßigung aus Billigkeitsgründen erfolgt auf Antrag aber nur, wenn die Friedensmiete des gesamten Objektes unter Berücksichtigung des Mietausfalles weniger als 6 Prozent des Friedenswertes beträgt.

1. Juli 1914 und 31. Dezember 1918. Seit dem 1. Juli 1926 ist der Stichtag für die maßgebende Höhe der Belastung eines Grundstücks vom 1. Juli 1914 auf den 31. Dezember 1918 verlegt worden. Eine Ermäßigung der Steuer kommt daher neuerdings für eine Reihe von Grundstücken nicht mehr in Frage. Ist aber das Eigentum an solchen Grundstücken in der Zeit vom 1. April 1924 bis zum 30. Juni 1926 erworben worden und war z. B. des Eigentumsüberganges die Steuerermäßigung wegen der geringen Belastung des Grundstücks bereits gewährt oder zu Recht beantragt, so bedeutet die durch die Verlegung des Stichtages und die höhere Belastung am 31. Dezember 1918 gegebenenfalls bedingte Erhöhung des Steuerfußes, die im Kaufpreis nicht berücksichtigt werden konnte, für den Erwerber eine unbillige Härte. Der Mehrbetrag der Steuer wird in derartigen Fällen auf Antrag aus Billigkeitsgründen rückwirkend ab 1. Juli 1926 erlassen.

Maßgebender Stichtag ist also heute der 31. Dezember 1918. Hypotheken, die an diesem Tage gelöscht waren, belasteten das Grundstück nicht mehr. War die Hypothek im Jahre 1918 zurückgezahlt aber noch nicht gelöscht, so gilt das Grundstück steuerlich noch mit dem Unterschied zwischen Goldmarkbetrag der Hypothek und Goldmarkbetrag der Rückzahlung belastet, da auch hier die Umrechnungstabelle zum Aufwertungsgefeß, die die Entwertung der Mark am 1. Januar 1918 beginnt, entscheidend ist. Es konnte in diesen Fällen also nie eine Herabsetzung der Steuer auf 375 % wegen Unbelastung erreicht werden, sondern nur auf den nächst höheren Satz von 500 %.

Aus Billigkeitsgründen ist jedoch neuerdings die nachweislich vor dem Stichtage erteilte Rückzahlungsbewilligung der Löschung im Grundbuche gleich zu erachten, sofern auf Grund dieser Bewilligung die Löschung bis zum 1. 7. 1926 erfolgt ist.

Inflationskäufe. Eine Ermäßigung wegen geringer Belastung fand bisher nicht statt, wenn der Eigentümer sein Grundstück in der Zeit vom 31. Dezember 1919 bis zum 15. November 1923 (Stabilisierung der Mark) zu einem Goldmarkpreise von nicht mehr als 50 % des Friedenswertes erworben hatte. (Ausgenommen sind Käufe von Ausländern, deutschen u. a.) Obgleich das Eigentum an Grundstücken erst durch Auflassung und Eintragung im Grundbuche erfolgt, sollen jetzt Käufe, die nach dem 31. Dezember 1919 im Grundbuche eingetragen, aber an diesem Zeitpunkt durch notariellen Vertrag bereits getätigt waren, aus Billigkeitsgründen ohne Rücksicht auf den gezahlten Kaufpreis nicht als Inflationskäufe gelten.

Die Ausnahmebestimmungen bezüglich Schlichterstellung bei Inflationskäufen finden keine Anwendung auf die Rechtsnachfolger, wenn diese das Grundstück durch Kauf bis zum 1. Juli 1926 zu einem Preis von mehr als 50 % des Friedenswertes erworben haben. Diese haben also vollen Anspruch auf Ermäßigung, wenn die notwendigen Voraussetzungen vorliegen.

Aufwertungsanfin. Mehrzinsen für solche Hypotheken, die über 25 % aufgewertet werden, waren bisher nur rückwirkend ab 1. April 1926 abzugsfähig. Soweit jedoch auf Grund von Entscheidungen der Aufwertungsstellen die Nachzahlung von Mehrzinsen für die über 25 % hinaus aufgewerteten dinglich gesicherten persönlichen Forderungen für die vor dem 1. April 1926 liegende Zeit in Frage kommt, ist heute auch für diese Zeit ein den Mehrzinsen entsprechender Teil der Hauszinssteuer durch Anrechnung auf fällige Steuern zu erlassen.

Voraussetzung für Anrechnung der Mehrzinsen ist immer, daß eine dinglich gesicherte persönliche Forderung vorliegt, die über 25 % aufgewertet wird. Zinsen für rein persönliche aufgewertete Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Es liegt dies im Charakter der Hauszinssteuer als Realsteuer und Geldentwertungsausgleichsteuer, gestaffelt nach der Höhe der dinglichen Belastung der Grundstücke.

gen und sonstige Kapitel gehalten. Den Inhalt derselben kann man sich zum eigenen Nutzen sehr gut festhalten, wenn man stenographiert.

Die National-Stenographie macht jedem, selbst den Schulkindern, den Unterricht leicht. In 10-12 Stunden ist der Kursus beendet. Dann beherrscht jeder Kurssteilnehmer das System. Schnelligkeit muß natürlich nachher durch Übung erzielt werden. Auch dazu ist jedem Gelegenheit gegeben. Abgesehen von den Briefen, die man sich zu Hause und im Geschäft in Stenographie zusammenstellt, bietet auch der Verein für National-Stenographie jedem Kenner des Systems Gelegenheit, in seinen Donnerstags stattfindenden Übungsstunden den Fortschritte zu machen.

Die Durchschnittsleistung einer Person, die ein halbes Jahr National-Stenographie schreibt, liegt schon auf 100 und über 100 Silben. Selbstverständlich muß man mit Interesse bei der Sache sein. Auch kann das System National-Stenographie sich rühmen, den schnellsten Stenographen aller Systeme in Deutschland in seinen Reihen zu haben, ein weiterer Beweis für die Nützlichkeit dieser Methode. Jeder Angestellte, Lehrlinge, auch Handwerker, Damen und Herren, sind nächste Woche Donnerstag zahlreich erwartet. Die Gewähr für guten Unterricht ist gegeben. Die Leitung des Unterrichts liegt in Händen eines langjährigen, tüchtigen National-Stenographen. Wir erheben für den ganzen Kurs einschließlich der Lehrmittel 8 Mark, welcher Betrag in zwei Monatsraten gezahlt werden kann. Besonders an die Eltern der jetzt

Herz-Jesufkirche?

Einzahlungen sind auf Sparfasse Nr. 1364 (Städtische Sparfasse Neuß) möglich. Auch nimmt der Kassierer, Herr Franz Röttgen, Furtwengstraße 104 (Telefon 804), Spenden entgegen. Jeder gebe im Rahmen eine Gabe!

Rundfunk.

Mittwoch, den 11. Mai.

Tangerberg (Welle 468,8). Münster (Welle 241,9). Dortmund (Welle 283). 13.05: Köln. Kammermusik. 16.30: Köln. Postliche Briefe für Kleingärtner. 18.10: Dortmund. Vom Regio zum letzten Bild. 18.35: Köln. Pfingstfest. 19.15: Düsseldorf. Die Pfingstfeier. 19.30: Köln. Der Pfingstfest. 19.40: Köln. Alkohol und Kriminalität. 20.15: Dortmund. Sechste Stunde. Ein Heiratsantrag. 21.00: Köln. Der Frühling. Anschließend Tanzmusik.

Frankfurt a. M. (Welle 428,6). 15.30: Stunde der Jugend. 16.30: Nachmittagskonzert. 17.45: Bücherstunde. 18.15: Religion und Wissenschaft. 18.45: Tropische Pflanzen in der Umgegend. 19.00: Ethnographie. 19.30: Theodor Stroma. 20.15: Achtung! Ruckstopp. 20.25: Aglavaine und Selbste. 21.00: Köln. Der Frühling. Anschließend Tanzmusik.

Berlin (Welle 488,9). 13.30: Glöckenspiel. 15.30: Frühjahrs-gemälde. 16.00: Westbau und Aufzucht der jungen Vögel. 16.30: Jugendbühne. 17.00: Kammermusik. 18.10: Kellervortrag. 18.30: Einführung zu Hofmanns Erzählungen. 19.05: Gesundheitsförderung infolge mangelhafter Zahn- und Mundpflege. 19.30: Rechtsfragen des Tages. 20.00: Socrates, der Denker. 20.30: Vortrag. 21.00: Konzert. 22.30: Unterhaltungsmusik.

Königsbrunn (Welle 1250). 12.00: Einheitssturz-schrift für Schüler. 12.30: Reichsstadtband. 15.00: Einheitssturz-schrift für Anfänger. 15.40: Wetter- und Vorseher. 16.00: Das Spiel. 16.30: Englisch für Fortgeschrittene. 17.00: Malerei der Gegenwart. 17.30: Zum Eingipfel zur Operette. 18.00: Technischer Lehrgang für Facharbeiter. 18.30: Englisch für Anfänger. 18.55: Produktionsprobleme der Eisenindustrie. 19.20: Kultur Europas. 20.30: Hebertragung Hamburg.

Sankt Petersburg (Welle 394,7). 13.30: Englisch. 16.30: Hamburg. Tanzmusik. 18.50: Klaus Groth. 19.10: Juristischer Briefkasten. 19.30: Der Kapitän-Veruf. 19.50: Frucht- und Gemüsemarkt. 20.00: Felix von Weingartner und sein Werk. Anschließend Konzert. London (Welle 361,4). 13.00: Konzert. 14.55: Vorlesung. 15.00: Shakespeares Werke. 15.45: Das richtige Essen und Trinken. 16.00: Schulfunkkonzert. 16.30: Dabentz-Quartett. 18.00: Orgelkonzert. 18.20: Gartenfunk. 18.45: Orgelkonzert. 19.00: Der Arbeiter und die Vereinigungen. 19.15: Grundlagen der Musik. 19.25: Hebertragung Manchester. 19.45: Hebertragung Cardiff. 21.20: Vortrag. 21.25: Hebertragung Bournemouth. Dabentz (Welle 1600). 13.00: Hebertragung London. 14.55: Hebertragung London. 19.25: Hebertragung Manchester. 19.45: Kammermusik. 21.20: Hebertragung London. 23.00: Tanzmusik.

Schulenkassen Mädchen und Knaben, sowie auch an die Chefs der einzelnen Betriebe richten wir den Appell: „Schickt eure Kinder und Lehrlinge zum Unterricht!“ Zum Schluss sei noch auf die nächste Woche in dieser Zeitung erscheinende Anzeige verwiesen. An dieser Stelle richten wir noch einmal die Bitte an die früheren Vereinsmitglieder, wieder regelmäßig die Lesungsstunde zu besuchen, die wir Donnerstags 8½ Uhr, ebenfalls „Am Römer“, abhalten.

Der Haus- und Grundbesitzerverein teilt mit: Am 16. Mai findet im ganzen Reich eine Wohnungszählung statt. Sie muß in allen Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr (Stichtag 16. Juni 1925), in Gemeinden mit 2000–5000 Einwohnern vorgenommen werden, sofern sie nicht rein landwirtschaftlich sind, endlich in Gemeinden unter 2000 Einwohnern, die in Industriebezirken liegen und als Industriegebiete anzuweisen sind.

Zur Verwendung kommen zwei Formulare. 1. Die Grundstückskarte (für bebaute Grundstücke) sie muß vom Hauseigentümer oder seinem Vertreter ausgefüllt werden. Auch Grundstücke mit Baracken und Wohnlauben zählen dazu, sofern sie bewohnt sind. Eingetragene werden müssen der Name des Eigentümers, sämtliche auf dem Grundstück befindliche Gebäude, schließlich sämtliche dort befindlichen selbständigen Wohnungen. Als selbständige Wohnungen gelten nur die, aber welche ein besonderer Mietvertrag mit dem Hauseigentümer besteht. Es zählen also die von Untermietern bewohnten Räume nicht dazu, auch wenn in ihnen selbständige Haushaltungen sind. Die Untermieter werden der Wohnung des Hauptmieters zugezählt.

2. muß die Wohnungskarte ausgefüllt werden. Das besorgt der Hauptmieter, d. h. derjenige, der die Wohnung vom Hauseigentümer gemietet hat und an ihn die Miete zahlt. Auch der Hauseigentümer muß für seine Wohnung eine Karte ausfüllen, der Untermieter dagegen nicht, auch wenn er mit der ganzen Familie eine Unterwohnung hat.

Auf der Wohnungskarte ist einzutragen: Vor- und Zuname des Eigentümers oder Hauptmieters, Anzahl der Räume der Wohnung (einschließlich der untervermieteten), wieviel Räume gewerblich benutzt werden, Verzeichnis sämtlicher Bewohner (getrennt nach Haushalt des Hauptinhabers und Haushalt der einzelnen Untermieter).

Die Grundstückseigentümer können von der Gemeinde verpflichtet werden, die Wohnungskarte an den Wohnungsinhaber auszuhändigen und nach Ausfüllung wieder einzuliefern. Die Grundstückskarte und Wohnungskarte muß bis 14. 5. in den Händen der zur Ausfüllung Verpflichteten sein und ab 17. Mai zur Ablieferung bereit liegen.

Die Reichsbahn macht auf ihre heutige Anzeige betr. den neuen Tarifplan aufmerksam.

Geflügelzuchtversuch für männliche und weibliche Personen in Neuf. Die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz wird, um dem bestehenden Bedürfnis möglichst Rechnung zu tragen, bei genügender Beteiligung in der Zeit vom 23. bis 28. Mai d. J. einen 8. Kursus für männliche und weibliche Personen an der Geflügelzucht- und Lehranstalt in Neuf abhalten. Der Lehrgang ist für solche Personen aller Berufsstände, insbesondere für praktische Landwirte und Geflügelzüchter sowie für Frauen und Töchter der Landwirte bestimmt, die sich mit der Geflügelzucht und -haltung praktisch befassen, ihre praktischen und theoretischen Kenntnisse aber nach dem neuesten Stande und Erfahrungen in der Wirtschaftsgesellschaft ergänzen wollen.

Meldungen zur Teilnahme an dem Kursus sind bis spätestens 8 Tage vor Beginn an den Kursleiter, Geflügelzuchtinspektor a. D. Müller in Neuf, zu richten, der den Interessenten vor Beginn des Lehrgangs rechtzeitig Mitteilung über ihre Zulassung zu dem Kursus machen wird.

Für bedürftige und würdige Kurssteilnehmer kann nach Beendigung des Kursus bei dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eine Beihilfe zu den durch die Teilnahme an dem Kursus entstehenden Kosten beantragt werden.

Die Kursgebühr, die zu Beginn des Kursus zu entrichten ist, beträgt 10 RM.

Für Unterkunft und Verpflegung während der Kursdauer in Neuf bzw. in der näheren Umgebung müssen die Teilnehmer selbst Sorge tragen. Jedoch ist der Kursleiter auf Wunsch bereit, in dieser Hinsicht nach Möglichkeit beihilflich zu sein.

Der Verein Neufher Rührerforger hielt gestern am Rheinischen Hof eine Versammlung unter Teilnahme von zahlreichen Landwirten und Milchhändlern, in der Herr Dr. Dierich vom Nahrungsmitteluntersuchungsamt einen sehr

lehrreichen Vortrag hielt über die Milch, ihre Bedeutung als Nahrungsmittel, ihre Beschaffenheit und Gewinnung. Kein Nahrungsmittel enthält so alle für die menschliche Ernährung notwendigen Bestandteile, wie gerade die Milch. Geeigneter Stallung, Gesundheit und richtiger Fütterung der Milch-kühe könne nicht zu viel Bedeutung beigemessen werden. Sorgfältig gefilterte und tief gefühlte Milch müsse dann möglichst schnell in die Hände der Verbraucher gebracht werden. Milch dürfe nicht entrahmt sein und keinerlei Zusatz, auch keine sogenannten Konservierungsmittel enthalten, sonst mache sich Verkäufer und Händler strafbar. Wässerungen und Entrahmungen der in Neuf in den Handel gebrachten Milch seien bei allen Untersuchungen im vorigen Jahre nicht festgestellt worden. Weiter müsse darauf gedrungen werden, auch alle zum Genuß bestimmte Milch von Verschmutzungen frei zu halten.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß für die ausländische Milchmisch auch Zwangsuntersuchung eingeführt werden müsse, da vielfach Verwässerungen bei derselben festgestellt worden seien. In der Diskussion wurde auf die in nächster Woche wieder in Neuf beginnenden Milch- und Zuchtbielmärkte aufmerksam gemacht und die Landwirte im eigenen Interesse gebeten, diese Märkte zu besuchen.

Mandatsniederlegung. Aus den Reihen der kommunikativen Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums ist abermals eine Veränderung zu berichten. Der Stadtverordnete Dierich hat, wie wir vernahmen, sein Mandat niedergelegt und wird als sein Nachfolger der Decher Hollmann genannt. Von den erstgenannten 8 Kommunisten sind heute nicht mehr viele bei der Stange geblieben.

Sigung des Amtsgerichts zu Neuf vom 7. Mai. Geschäfts-reisender Rudolf B. und der Eisenbahnarbeiter Josef M., beide aus Mülheim an der Ruhr, hatten gegen einen Strafbefehl von je 40 Mark Einspruch erhoben. Sie wurden beschuldigt, ohne Wandergewerbechein in Löbeling mit Zigaretten gehandelt zu haben. Die Strafe gegen B. blieb bestehen. M. wurde freigesprochen. — Die Fabrikarbeiterin Josefine K. von hier hatte auf dem Faustball aus der Handtasche der Hausangestellten Josefine D., als sie zum Tanze war, 23 Mark entwendet und das Geld dann dem Hilfsarbeiter Wilhelm P. aus Neuf gegeben. Beide wurden anstatt einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von je einer Woche zu je 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

— Eheleute Michael V. von hier hatten den Kolonialwaren-händler Johann J. hier selbst durch falsche Angaben um etwa 50 Mark geschädigt. Die Sache wurde auf drei Monate aus-gesetzt, um in dieser Zeit die Angelegenheit zu regeln. — Kraft-wagenführer Johann K. aus Düsseldorf wurde wegen fahr-lässiger Transportführung in eine Geldstrafe von 100 Mark genommen. Er war am 11. Dezember vorigen Jahres mit einem vollbesetzten Personenvagen auf der Düsseldorfstraße hier über die Geleise der Ringbahn gefahren, obwohl der Zug schon ganz in der Nähe war und es sich nur noch um eine Hand breit handelte, und ein Zusammenstoß wäre dagewesen. — Ein Hilfsarbeiter hatte bei der Firma Weichert u. Co. hier, wo er in Arbeit war, eine geringe Menge Kasse entwendet. Der gefällige Angeklagte wurde mit 10 Mark bestraft. — Die Händler Johann M. und Andreas G., beide aus Köln, hatten am 11. November vorigen Jahres hier auf dem Martini-markt: Schokolade, die nicht in vorschriftsmäßiger Packung gewesen sein soll, feilgehalten. Der Vertreter der Anlage bean-tragte für jeden Angeklagten je 50 Mark Geldstrafe. Die Ent-scheidung wird in acht Tagen verhandelt werden. — Kraftfahr-er Heinrich Sch. aus Ammigrath bei Solingen hatte die Scheinwerfer nicht abgeblendet. Hierfür muß er 6 Mark zahlen. — Ein unentschuldig ausgebliebener Zeuge wurde in eine Ordnungsstrafe von 10 Mark genommen. — Kaufmann Hubert M. aus Neuf wurde angeklagt, im Jahre 1926 bei einer ihm drohenden Zwangsversteigerung Bestandteile seines Vermögens beiseite geschafft zu haben. Sein Bruder, der Kaufmann Willi M., soll ihm hierbei beihilflich gewesen sein. Der Anklag-vertreter beantragte gegen Hubert M. einen Monat Gefängnis und gegen Willi M. 100 Mark Geldstrafe. Die Entscheidung wird in acht Tagen verhandelt werden.

Aus dem Landkreis.

Wüderich, 8. Mai. Am 4. und 6. Mai er. fand bei der Firma Schließ- de Fries in Düsseldorf-Overasselt unter dem Vorsitz von Herrn Baurat Dr. Müller die schriftliche und mündliche Facharbeiterprüfung der Industrie-lehrlinge statt. Von 20 Teilnehmern bestanden 18 die Prüfung. 14 schnitten mit „genügend“ ab, und 4 bestanden mit „gut“. Unter den vier Zeugnissen, die sowohl im Praktischen als auch im Theoretischen mit „gut“ bestanden, befinden sich die beiden Zeugnisse des Stahlwerkes Düsseldorf, Gebr. Wöhler u. Co., Theodor Lüdemann und Rudolf Schabbe-reiter, die in der hiesigen Berufsschule vorgebildet sind.

Wüderich, 9. Mai. Es ist in diesem Jahre beobachtet worden, daß in Spargelneulagen größere Fehlstellen auftreten. Eine Bekämpfung dieses Uebelstandes, der durch die Spargelfliege verursacht wird, ist dringend erforderlich. Aber alle müssen sich beteiligen, soll ein Erfolg erreicht werden. Die befallenen Pflanzen zeigen ein unregelmäßiges Wachstum. Ihre Spitze ist hin und her gebogen, verdreht, verkrüppelt. Sie färben sich vorzeitig gelb und sterben ab. Die Stengel sind im Innern von Gängen durchzogen, von denen aus sie faulen. In den Gängen sind weiße fadenförmige 1 Zentimeter lange Maden vorhanden. Diese fressen nach unten fortschreitend Gänge und verpuppen sich. Die Puppe ist braun-rot, könnchenförmig und überwinter. Im Frühjahr, wenn die Köpfe der Spargelpflanzen aus dem Boden kommen, erreicht die Fliege, 6–8 Millimeter groß, blaugrau, schwarz behaart mit drei schwarzen Längsstri-chen auf dem Rücken. Ein braunes Rückband ziert die glas-bellen Flügel. Die Fliege legt ihre Eier einzeln hinter die Schilspitzen der Spargelköpfe, die daraus sich entwickelnden Larven beginnen von vorne. Die Beschädigungen an frisch ge-stochenen Spargel sind meist noch nicht groß. Bei den Pflanzen

Zentrumspartei Neuf-Land. Ortsgruppe Greffath.

Am Mittwoch, den 11. ds. Mts. findet abends 8 Uhr im Lokale Krüppel in Greffath eine

Sigung der Gemeinderatsmitglieder und der Vertrauensleute der Zentrumspartei

statt. Herr Parteileiter Andernach wird über wichtige Begebenheiten innerhalb der Zentrumspartei reden. Alle Eingeladenen bitten wir, pünktlich zu erscheinen.

Kath. Werkjugend.

Am heutigen Dienstag, den 10. Mai 1927, findet im Annatist (Brückstraße) unter

Arbeiter-Dichtungsabend

statt. Alle Freunde und Mitglieder der kath. Arbeiter-vereine sind hierzu herzlich und dringend eingeladen. Alle diejenigen aus den uns nahe stehenden Vereinen, die für die Werke unserer Arbeiter-Dichter Interesse haben, heißen wir ebenfalls herzlich willkommen.

Aus dem Landkreis Neuf.

Der Landkreis Neuf veranstaltet in der Zeit vom 17. bis 29. Mai d. J. einen Wandersführerlehrgang und zwar am 17., 20. und 24. Mai, abends 5½ Uhr, im katholischen Gesellen-haus zu Neuf. Dort spricht Herr Rektor Maas aus Steele am ersten Abend: Vom rechten Wandern: Wie werden mehrtägige Wanderungen vorbereitet? am zweiten Abend: Schülervandern (monatlicher Wandertag und mehrtägige Wanderun-gen); am dritten Abend ist eine Einführung in das Kartenlesen und in die Geländekunde mit Lichtbildervortrag, anschließend praktische Übungen. Für Sonntag, den 29. Mai ist eine praktische Wanderung nach Jons geplant. Dort findet ein Vortrag über das deutsche Jugend-Werkbergwerk statt. Alle, die Inter-esse haben, sind freundlichst eingeladen.

Kreis Grevenbroich.

Werbeversammlung des Kreisverbandes für Obst- und Gemüsebau Grevenbroich.

Jüchen, 9. Mai. Der Kreisverband für Obst- und Gemüsebau Grevenbroich hatte auf Sonntagmittag im Lokale von K. Remer hier eine Werbeversammlung einberufen. Haupt-lehrer Sieben hieß namens des Ortsverbandes Jüchen die Erschienenen, insbesondere den Kreisverbandsvorstand und dessen Vorsitzenden, Landrat Dr. Vogel, dem er die Leitung der Versammlung übertrug, herzlich willkommen. Landrat Dr. Vogel dankte für den zahlreichen Besuch und dem dadurch dem Verband bewiesenen Interesse. Besondere Be-grüßungsworte richtete er noch an die beiden Referenten des Tages, Gemüsebau-Insp. Stübgen u. Bonn und Hof-garteninsp. Schipper u. Scholten-Dud, sowie Landwirt-schaftsschullehrer Dr. Luch-Grevenbroich, den er als einen eifrigen Mitarbeiter und Förderer der Bestrebungen des Ver-bandes gebührend lobte. Dann erteilte er Gemüsebau-Insp. Stübgen das Wort zu dessen Vortrag: **Gemüsebau.**

Der Referent führte unter anderem etwa folgendes aus: Die Erzeugnisse unserer heimischen Gärten haben in den letzten Jahren, besonders während des Krieges, eine außerordentliche Bedeutung erlangt. Das städtische Land, das wir bewirtschaften, gibt uns Gelegenheit zur Stärkung unserer Volkstift mitbeizutragen. Deshalb müssen wir bestrebt sein, die Be-wirtschaftung auch rationell zu betreiben. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn wir mit geeigneten Mitteln auf dem Ge-biete des Gemüsebaues arbeiten. Auch die uns zur Verfügung stehenden allerersten Flächen müssen praktisch verwertet werden. Ein Hauptaugenmerk ist zu richten auf richtiges Saat-material. Nur das sich in hiesiger Gegend als am geeignetsten erwiesene Saatgut und auch bezüglich der einzelnen Sorten soll Verwendung finden. Zum Säen empfiehlt es sich, daß die ein-zelnen Ortsverbände sich Samschmaschinen und zwar möglichst die einreihige Handrillmaschine beschaffen. Damit die Kleinener-gie des Saatgutes angeregt wird, ist es notwendig, daß recht-zeitig und ausgiebig gebeit wird. Das Weizen ist aber auch ein sehr wirksames Mittel gegen Krankheiten des Gemüses. Redner erläuterte dann eingehend die Anwendung der Beiz-mittel. Durch sachgemäße Bodenbearbeitung muß den Pflan-zen beste Entwicklungsmöglichkeit geboten werden. Besonders vorteilhaft ist die herbstliche Bodenbearbeitung. Durch ent-sprechende Kulturmaßnahmen muß den bisher nicht bewirt-schafteten Boden in geeigneter Weise hergerichtet werden, auch dies soll am zweckmäßigsten im Herbst geschehen. Ein beson-ders wichtiger Punkt ist die Ernährung der Pflanzen. Sie hat jeweils nach der Stärke der Ausnutzung des Bodens zu erfol-gen. Eine praktische Düngung ist aber auch ein sehr gutes Vorbeugemittel gegen Schädlinge. Auf richtige und zweck-mäßige Ausnutzung des gesamten Gartengeländes soll man stets bedacht sein. Sofort nach Aberntung muß wieder die Neubeepflanzung in die Wege geleitet werden, nichts darf auch nur die kürzeste Zeit unbewirtschaftet liegen bleiben. Fort-laufend müssen selbstverständlich die nötigen Kulturarbeiten beigesteuert werden. Die Gemüschschädlinge lassen sich durch entsprechende Kulturmaßnahmen verhindern oder wenigstens beschränken. Zu empfehlen ist, die Pflanze im Herbst und Winter im Garten frei umherlaufen zu lassen. Die richtige Ausnutzung der Gärten macht zwar viele Arbeit, sie wird aber auch zeigen, daß sie lohnend ist. Reicher Beifall wurde dem Redner für seine sehr belehrenden Ausführungen zuteil. Landrat Dr. Vogel dankte auch noch besonders namens der Ver-sammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Belehrun-gen im ganzen Kreise Grevenbroich, wenn auch nur auszuge-weise, weitest Verbreitung finden möge. Abschließend sprach Hof-garten-Insp. Schipper über:

Spalierobstbau.

Er führte etwa folgendes aus: Der Obst- und Gemüsebauverband fördert nicht nur den rein wirtschaftlichen Teil des Obstbaues, seine besondere Sorgfalt gilt auch dem Formobst-bau. Hierzu sind im Kreise Grevenbroich infolge der günstigen Bodenverhältnisse die besten Vorbedingungen vorhanden. Spalierobst ist Gelobst im wahren Sinne. Wichtig bei der Anpflanzung ist die Unterlage. Es sollen nur Jungbäume bis zu höchstens vier Jahren verwandt werden. Jährlicher Nach-schnitt muß erfolgen. Nur großkräftige eide Sorten dürfen gewählt werden. Als Stützmittel eine eide größere Derrvoll-kommung der Früchte zu erzielen, muß man zu dicht stehende ausbrechen. Auch empfiehlt es sich, mit Wasser gefüllte Gefäße an heißen Tagen unterzustellen, damit der Wasserdampf die Blätter befeuchtet; ferner soll Mothwurf und Erdbreich abends mit Wasser übergossen werden. Nicht zu übersehen ist natür-

Ich eine sachgemäße Dünung. Auch diesem Redner wurde durch lebhaften Beifall gedacht. Den Vorträgen schlossen sich sehr lebhaft Besprechungen an. Landrat Dr. Vogels empfahl dringend, möglichst viele Spalierobstanlagen herzurichten, diese würden sich in Kürze schon als Schmuck des Kreises auswirken. Bei den besonderen geschäftlichen Mitteilungen gab er bekannt, daß demnächst auch die Mustergarten-Anlage in Grevenbroich zur Verfügung freigegeben würde. Nach Wahl zweier neuen Kommissionen und Bekanntgabe des Tagungsortes der am Sonntag, den 3. Juli, stattfindenden abendlichen großen Werbeversammlung schloß Landrat Dr. Vogels die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Uns Nah und Fern.

Unterischlagungen.

Düsseldorf, 9. Mai. Der Kaufmann Karl Schwehed, der im Jahre 1924 der Firma Wöhler Kundenwechsel im Betrage von 78 000 Mark unterschlagen hatte, wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, der Strafvollzug jedoch gegen Zahlung einer Buße von 2000 Mark ausgesetzt. Die Straftat wäre, da die Firma entschädigt worden war und keinen Strafantrag gestellt hatte, nicht ans Licht gekommen, wenn nicht durch Betrügereien der Ehefrau des Schwehed die Unterschlagungen entdeckt worden wären. Diese erhielt in derselben Verhandlung wegen Betrugs und Unterschlagung gegen Monate Gefängnis.

Die gefälschte Verlobungsanzeige.

Triar, 9. Mai. Ein Arbeiter aus Winceringen an der Mosel hatte, um seinen früheren Arbeitgeber zu ärgern, in der Triarer Tageszeitung eine Anzeige aufgegeben, nach der sich der Sohn des Arbeitgebers mit dessen Haushälterin verlobt haben sollte. Er wurde von der Strafkammer zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Aus dem Zuge gefallen.

Elberfeld, 9. Mai. Am Samstagabend fiel der Kaufmann Heinrich Koch von hier aus dem in Unter-Warmen durchfahrenden Güterzug 75 Düsseldorf-Hagen. Der Unfall ereignete sich unweit der Fingelshöfchenbrücke. Der Verunglückte trug eine leichte Gehirnerschütterung und eine Zerschütterung des Schulterblattes davon. Die Ursache des Unglücks steht nicht fest.

Gilbender Draht um den Körper.

Mühlort, 9. Mai. Im Drahtwerk der Niederrheinischen Güte leitete der 17-jährige Arbeiter Kasimir Klotz mit Hilfe einer Zange einen glühenden Draht über Walzen weiter. Hierbei verfrachtete er den Draht, wodurch dieser sich um seinen Oberkörper drehte, wobei Klotz schwere Brandwunden an Kopf, Armen und Brust erlitt.

Wahrfällung eines Bürgermeisters.

St. Goarshausen, 9. Mai. Der Bürgermeister der Gemeinde Mienern, Berndt, legte vor dem Untersuchungsrichter das Geständnis ab, daß er bei den jüngsten Kreiswahl-Wahlfälschungen vorgenommen habe.

Der Weibsfesttag in der Schule.

St. Ingbert, 9. Mai. In dem saarländischen Orte Bübingen hat der sozialdemokratische Bürgermeister eine

„Verfügung“ an die Volksschule anhängen lassen, in der u. a. steht: „Zur diesjährigen Maifeier hat der Gemeinderat in seiner Mehrheit beschlossen, den Schülern und Schülerinnen ein Gebäck in Form einer Mütze zu verabfolgen. Das Gebäck soll in dieser Form eine alte Forderung der Kopf- und Handarbeit, die Einführung der geschickten, achtstündigen Arbeitszeit, veranschaulichen. Da ihr aber als junge Schüler eine Selbständigkeit im Denken und Handeln noch nicht besitzt und den Sinn und den Kampf des Lebens noch nicht ganz erkannt habt, seien der Kern und das Wesen der Maifeier nur kurz umschrieben.“ — Das geschieht dann in dem Aufsatze in ausgiebiger Weise.

Erdstöße im oberen Rheintal.

Paris, 9. Mai. Havas berichtet aus Straßburg, die Seismographen des Straßburger Instituts haben heute vormittag 1 Uhr 39 Min. 55 Sek. einen Erdstoß verzeichnet, der auch in mehreren Stadtteilen verspürt worden sein soll. Das Zentrum des Erdbebens muß verhältnismäßig nahe bei der dortigen Station liegen. Auch im Ganauer Gebiet gab es Erdstöße.

Einsturzungsland in Chicago.

Chicago, 9. Mai. Ein großes Geschäftshaus von mehreren Stockwerken ist hier zusammengefallen. Obwohl der Besitzer die aufstretenden Mauerrisse rechtzeitig bemerkte und das Gebäude noch beinahe ganz räumen lassen konnte, herrscht die Befürchtung, daß doch einige Personen unter den Trümmern getötet worden sind.



Turnen, Spiel und Sport
Spielverein „Rohesia“ 1911.
Heute abend 7 Uhr Auswahlspiel zur Ermittlung einer Spielstufen 1. und 2. Juniorenmannschaft. Sämtliche Spieler müssen unbedingt im eigenen Interesse antreten. Auch besonders die Spieler der 1. und 2. Mannschaft der ehemaligen Rohesia 19. Bezüglich des gegnerischen Besuchs ist ein Arrium unterlaufen, es heißt nicht wie gestern angegeben, Turnwart, sondern Presswart.

Am Sonntag morgen.

Am Sonntag morgen standen sich Sportvereine Weidenberg und Osterath gegenüber. Die Weidenberger legten 3:0. Nur durch die Weiden etwas ruhiger und feiner spielen. Besonders in einem Spiel der 2. G. macht es seinen guten Eindruck.

Nachmittags fanden sich Rheydter Spielverein und des Spielvereins „Rohesia“ im Pokalspiel gegenüber. Die Rheydter legten durch ihre ältere und erfahrenere Spielweise, konnten aber trotz ihres 4:3 das bessere Ende für sich zu halten.

Weiter ergab die Auslosung für Sonntag ein Spiel: Sportverein Weidenberg gegen Schwarz-Weiß 06 Düsseldorf. Rheydter Spielverein zog zum zweiten Male freilos und disqualifizierte sich für Samstag in acht Tagen zum Endspiel gegen den Sieger vom kommenden Sonntag.

Schwerathletik.

Weltmeister Graf (Wien) in Reuß.
Bei dem am Samstag, den 14. Mai abends um 8 Uhr im Lokale „Wolff, Reutherhuth“ stattfindenden Gedankampfe um die Meisterschaft vom Niederrhein zwischen Concordia-Reuß und Homberg-

Hochheide wird der Weltmeister Graf während der Pause sein Können im Gewichtheben zeigen. (Näheres siehe morgen an dieser Stelle.)

Radsportverein Holzheim.

In Holzheim wird die Gründung eines Radsportvereins (Sonntags-Touristenklub sowie Rennabteilung) beabsichtigt. Da allgemein großes Interesse für gemeinsame Radfahrten in den kommenden Monaten vorliegt, werden alle Interessenten zur Besprechung zwecks Gründung eines Vereins auf Mittwoch, den 11. Mai abends 8 1/2 Uhr im Lokale von Herrn Feinr. Bräcken eingeladen.

Die klassische Fernfahrt Rund um Köln.

Stets war Rund um Köln ein großer Erfolg für Veranstalter und Fahrer, doch die 15. diesjährige Wiederholung stellt ihre Vorgänger dennoch in den Schatten und zwar hauptsächlich durch die intern. Beteiligung bei den Berufsfahrern. Die Industriestrasßenrennen des „Rund“ stehen im Sportkalender an erster Stelle und genießen Weltruf. Die Rund um Köln Strecke über Brühl, GutsMuths, Ruppich, Düren, Jülich, Reuß, Düsseldorf, Benrath, Solingen, Wermelskirchen, Overath, Siegburg, Bonn, zurück zum Start weist infolge einiger Umleitungen außerordentlich schwer und lang sind. Das mußten auch der vorjährige Sieger Euter mit seinem Landsmann Kötter und der ehemals unbeflegliche Hufschke spüren. Auch anderen Fahrern wurden die Steigungen zum Verhängnis. Lediglich vier Berufsfahrer, ein Diamantfahrer und ein Misabertreter vermochten sich vorn zu behaupten, wenn auch zugegeben werden muß, daß mancher andere ausichtsreiche Teilnehmer durch Defekte zurückfiel. Reifenschäden waren infolge der Hitze an der Tagesordnung. Der Delfahrer Belloni vermochte den Verlust durch einen Reifenschaden ganz allein in halsbrecherischer Fahrt wieder aufzuholen, während der Favorit bei Diamant Pinari trotz der Unterstützung seiner Landsleute nicht wieder nach vorn kommen konnte. Nürnberg kam hinter Reuß auf einer Schiene schwer zu Fall und blieb bewußtlos liegen. Das Rennen war in allen Phasen hart und darf als das in dieser Saison schwerste bezeichnet werden. Belloni errang mit Rund um Köln seinen dritten diesjährigen großen Straßenfieg. Opel triumphierte mit Continentalbereifung und Torpedonaben das vierte Mal, während Diamant durch Pinari einen Sieg davon trug.

Bei den Amateuren vermochten die Gebrüder Wolke und der V-fahrer Hahn ihren Siegeszug fortzusetzen, doch hatten sie infolge des Glats, als der deutsche Meister Schmidt kurz vor dem Ziele Reifenschäden erlitt. Eugen und Edith kamen in ausichtsreicher Position durch ein entgegenkommendes Auto schwer zu Fall.

Ergebnisse: Amateure A-Klasse: 1. Rüd. Wolke-Chemnitz 9:30; 2. Gebr. Hähnelheim; 3. Michael Hähnelheim; 4. Bruno Wolke-Chemnitz; 5. Karl Kohl-Hähnelheim alle dichtauf; 6. Jid. Hähnelheim 9:31.

B-Klasse: 1. Hahn-Weipzig 10:00:30; 2. Müller-Barmen; 3. Baumgarten-Köln.

Berufsfahrer: 1. Belloni-Italien (Opelrad, Torpedofreilauf, Continentalreifen) 9:20; 2. van Hevel-Belgien (Dealeiden); 3. Janaga-Italien (Dealeiden); 4. Blattmann-Schweiz (Diamant, Continentalreifen, Torpedo); 5. Hyma (Ita. Torpedo, Continental) alle dichtauf; 6. Selter-Belgien (Opel); 7. Remold-Deutschland (Opel); 8. Debaris-Belgien (Opel); 9. Paul Kohl-Deutschland (Diamant); 10. Guldke-Deutschland (Diamant).

Sportklub „Jugend“ Reuß. (Handballabteilung). 2. Mannschaft gegen V.f.B. 2. Mannschaft 2:4 (2:1). Auf Grund größerer Spielerziehung konnten die Gäste einen verdienten Sieg landen, immerhin hat die Sportklub Reuß nach den letzten Spielen bemessen, ihre Spielstärke gehoben.

Rheydter Spielverein 1. Jgd. — S. C. Reuß 1. Jgd. 0:0. Die Jugend konnte in Rheydt obiges schönes Resultat erzielen und zudem mit Erfolg. Heute abend Vorstandssitzung.

GUTES besteht, SCHLECHTES vergeht!



Die Zunft der Fälscher hat es vor einiger Zeit für gut befunden, unserer OVERSTOLZ ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Da diese „ehrfame“ Gilde nur Gegenstände von besonderem Wert ihres „tätigen Interesses“ für würdig erachtet, bedeuteten ihre Bemühungen eine unbeabsichtigte Anerkennung für die Güte unserer OVERSTOLZ.

Durch das gleichartige Aussehen der Zigaretten mag es wohl einmal gelungen sein, einige Raucher zunächst irre zu führen, doch konnten die Fälscher ihren Fabrikanten nicht annähernd die Qualität der echten OVERSTOLZ geben. Alle Versuche, auch die Mischung nachzuahmen, mussten scheitern, denn ein jahrelanges Fachstudium gehörte dazu, dieses Kunstwerk an Geschmacksharmonie entstehen zu lassen.



Die stark übertriebenen Presse-Meldungen haben vielleicht manchem Raucher die Befürchtung nahegelegt, er könne beim Einkauf gefälschte OVERSTOLZ-Zigaretten erhalten. Zu dieser Besorgnis ist jedoch kein Grund vorhanden. Unsere Feststellungen sowie die Nachprüfungen der Behörden haben ergeben, dass die Fälschungen unserer OVERSTOLZ schon seit Monaten vom Markte verschwunden sind. Sämtliche

OVERSTOLZ

Zigaretten, die jetzt angeboten werden, sind durchaus echt und haben die unnachahmliche Qualität, welche diese Marke zur MEISTGERAUCHTEN Zigarette aller Preislagen machte.

Haus Kernerburg
O.H.G.

Wilhelmshaven, 10. Mai. Reichspräsident v. Hindenburg traf gestern vormittag 9½ Uhr hier ein, auf dem Bahnhofsplatz wurde ihm durch den Chef der Marineleitung, dem Stationschef und Festungscommandanten sowie dem Oberbürgermeister empfangen. Nach Abreiten der Ehrenkompanie fuhr er zur Besichtigung der neuen evangelischen Garnisonkirche. Um 10½ Uhr besichtigte er mit dem obdenburgischen Ministerpräsidenten die Garnison in den Kavernen am Röhlenweg. Auf dem Ehrenfriedhof legte er einen Kranz nieder. Dann war Fräulein im Offiziersheim. Um 1.22 Uhr fuhr der Reichspräsident über Oldenburg zu privatem Besuch nach Leer und Loga. Heute wird er wieder nach Berlin zurückkehren.

Berlin, 3. Mai. Im gefrigen Aufmarke des Stahlhelms haben 30.000 Personen teilgenommen. Als Abchluss des Front-
abzuges veranstaltete der Stahlhelm heute vormittag einen
Marsch nach Potsdam. Potsdam zeigte keine Flaggenschmuck.
Nach Abmarschieren der Front durch die Bundesgüter begrüßte
der Potsdamer Oberbürgermeister die Stahlhelmsleute und be-
tonte, daß die Stadt 5000 Mann zur Verpflegung und Bewirtung
des Stahlhelms zur Verfügung stelle. In der Garnisonkirche
wurde an der Gruft Friedrichs des Großen ein Kranz des Landes-
verbands Groß-Berlin niedergelegt.

London, 9. Mai. Der „Times“-Korrespondent weist darauf hin, daß die Demonstrationen sämtlich ohne Waffen gehalten seien und keinerlei Artillerie oder Tanks (!) besäßen, und in einem Tage auch nicht hergestellt werden könnten. Auch die „Morning Post“ schreibt ähnlich. „Daily Telegraph“ berichtet, es sei ein gutes Zeichen für Deutschland, daß die Bevölkerung keine Beunruhigung wünsche. Die „Westminster Gazette“ weist darauf hin, daß die übliche Behandlung Deutschlands durch die anderen Mächte das Seine dazu beitragen müßte, den militärischen Geist in Deutschland zu erhalten.

Paris, 9. Mai. Der ruhige Verlauf des Berliner Stahlhelm-
tages wird auch von den Pariser Blättern verzeichnet. Nun
"Echo de Paris" und "Journal" bezeichnen den Stahlhelm
als eine zweite Reichswehr und Gefahr für die Verhandlungen
politik. Am Samstag hatte der "Temps" einen Artikel geschrieben,
in dem es u. a. hieß: Daß acht Jahre nach Beendigung des
Krieges und sogar vier Jahre nach Locarno eine derartige
Tagung ernstlich zu denken gebe, da die Stahlhelmsler sich gegen
die deutsche Republik und den europäischen Frieden wendeten.
Es sei bedauerlich, daß die deutsche Regierung diese Feier nicht
verhindert habe. Es sei zwar richtig und formal juristisch auch
nach der Veralljähigung zutreffend, daß mit Rücksicht auf die Tagung
anderer Verbände die Feier nicht verboten werden könne. Und
hab die preussische Regierung, an deren Spitze ein Sozialist
de m o k r a t steht, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung
der Ordnung übernommen. Nach Ansicht des "Temps" wäre
es aufrichtiger gewesen, zuzugestehen, daß die Teilnahme der
"Stahlhelm"-Tagung mit Rücksicht auf die Rechtsparteien
ohne deren Unterfertigung das Kabinett Marx nicht regieren könne
gegeben worden sei. Die "Stahlhelm"-Tagung beweise auf
Neue, daß das Zusammengehen mit den Deutschnationalen ein
Konstitutionsfehler des Kabinetts Marx bedeute. Das Deutsch-
land der Reaktion und das Deutschland der Demokratie ständen
sich gegenüber. Solange nicht eines über das andere den Sieg
davon getragen habe, so lange werde man darüber im Zweifel
bleiben, ob die Verhandigung und die Annäherungspolitik in
Europa zur Tatsache werden könnte oder nicht.

Newhork, 9. Mai. „World“ bemerkt zu der Berliner Stahlhelmkundgebung, die Hauptgründe dafür, daß die Republik unter Hindenburg, Marx und Stresemann gestärkt wurde seien Dawesplan, Räumung und die deutsche Mitgliedschaft

Breußen und die Reichsbahn.

Preußen hat den Streitfall vor den Staatsgerichtshof gebracht. Der Staatsgerichtshof hat am 7. Mai bestimmt, daß Preußen gegenüber dem Reich das Recht hat, ein Mitglied zum Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu ernennen. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes besagt, daß das Reich verpflichtet ist, den von Preußen Benannten zum Verwaltungsratsmitglied zu ernennen.

M. Gladbach, 9. Mai. Das hiesige Schwurgericht beurtheilte den 45 Jahre alten Viehwärter Wolf Hermann als Dolzweiger bei Erkelzen, den am 20. Januar d. Js. seine Frau getödtet hatte, wegen überlegten Mordes zum Tode und lebenslänglichem Ehrverlust. Die mitangeklagte Dienstmagd Elise Weber, die ihn zu der That angefißelt haben soll, wurde freigesprochen.

Äßln, 9. Mai. Eine gerissene G a u n e r i n treibt in Berlin schon seit mehreren Monaten ihr Unwesen. Ein junges Mädchen von etwa 20 Jahren, in facher, aber guter Kleidung spricht bei älteren Frauen vor und gibt sich den Antritt der unberühmten aus der Provinz kommenden Anverwandten. Die Angstproben nennen irgend einen Verwandten in der Provinz, der nach ihrer Berechnung etwa eine solche Tochter haben könnte. Die freudige Erregung macht die letzte Leute in der Regel recht gesprächig. Die Gaunerin hat in einigen Sekunden alles das erfahren, was sie für ihren Plan nötig hat. Schließlich gaukelt sie den Leuten Geld ab. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß „die Nichte vom Lande“ in anderen Städten Gattlosen gibt oder gegeben hat. Beschrieben wird die Person als 16 bis 20 Jahre alt, mittelgroß, schlank, Gesicht frisch und länglich, Haare wahrscheinlich blond. Mit ihrer Kleidung macht sie den Eindruck, als käme sie vom Lande. Sollte in hiesiger Gegend dem einen oder anderen ein ähnlicher Vorfall zu Ohren kommen, so wird sofortige Mitteilung an die Kriminalpolizei erbeten. Eventuell Geschilderte wollen dort das Lichtbild einer gewissen Anna Hill, geb. 8. 7. 04, einsehen, die flüchtig ist und in der einige Geschildigte bereits die Täterin wiederzuerkennen glauben.

Rheinhausen, 9. Mai. Der Hochofenarbeiter Buchwald kam auf der Friedrich-Alfred-Hütte beim Abstieg eines Hochofens dem Stichoß zu nahe und wurde von den glühenden Massen lebensgefährlich verbrannt.

Berlin, 10. Mai. Der deutschwöllische Abgeordnete Haack wurde heute abend in der ersten Stunde, als er in einem Auto die Strecke Anhalter Bahnhof—Potsdamer Platz fuhr, von einer Menge der Kommunisten, welche die Königsgrabenstraße entlang zogen, erkannt. Die Demonstranten umringten das Auto, zwangen es zum Halten und versuchten, auf Haack einzuschlagen. Eingreifende Polizei führte Haack zu seiner eigenen Sicherheit nach der Potsdamer Bahnhofswache. Nachdem die Menge zerstreut worden war, konnte Haack seinen Weg fortsetzen.

Wilh. Heidebüchel
Neuss a. Rhein,
Telefon 378 Büchel 35-37

Besichtigung ohne Kaufzwang.

Hosen-König

Nur Furtherstr. 37
1 Minute vom Bahnhof.

Dachziegel zu verkaufen. Röh. Lückigstr. 15.	Hast neuer Gadwagen zu verkaufen. Sermannstr. 28
---	---

Züllich, 9. Mai. Bei der Beratung des Kreisverwaltungsplanes für 1927 teilte Landrat Dr. Burgraff mit, daß man voraussichtlich auch in diesem Jahr, wie in den beiden Vorjahren, ohne Kreisumlage auskommen werde.

Deutsche Jugendkraft, Bezirk Neuh.
Mittwoch abend 8 Uhr findet im Marienhanse eine außerordentliche Vertretersitzung statt mit folgender wichtiger Tagesordnung: 1. Neuwahl eines Fußballmannes. 2. Termine für die rüchständigen Meisterschaftsspiele. 3. Schiedsrichterausbildung. 4. Stand der Meisterschaftsspiele in allen Klassen. 5. Berichdebene.

Heute abend 1/8 Uht in der Tonhalle Gerätesturnen. Es wird erwartet, daß wieder so zahlreich wie vergangene Woche angetreten wird, damit auch unsere Turnsache vorankommt.

Angekommen: Rahn „Antoinette“, Schiffer Vehlen
von Rotterdam; Rahn „Johanna“, Schiffer, Colfen von Rot-
terdam; Rahn „Gendria Gertruida“, Schiffer, Koll
von Rotterdam; Rahn „Wula“, Schiffer, Nicksen
von Rotterdam; Sedampfer „Gertra“, Kapitän Kollmann
von Köln; Sedampfer „Pollux“, Kapitän Borchers
von Skettin; Rahn „Vertouwen“,
Schiffer Vogel,
von Rotterdam; Dampfer „Allermannia“, Kapitän
Timmermann von Biebrich; Dampfer „Leutonia“, Kapitän
Hübrecht von Rotterdam; Rahn „Katharina“, Schiffer Aronson
berg, von Rotterdam; Rahn „Joseph“, Schiffer Voetmanns,
von Rotterdam; Rahn „Johannes Cornelis“, Schiffer v. Zanten
von Rotterdam; Rahn „Sophia“, Schiffer Raab von Rotter-
dam; Rahn „Theodora“, Schiffer v. Ks. von Rotterdam.

Uitgegaangen: Rahn „Zeeland“, Schiffer Noot Gebacht
nach Rotterdam; Rahn „Köln 20“, Schiffer Heil, nach Karls-
ruhe; Rahn „God is met ons“, Schiffer Stebens, nach Karls-
heim; Seefamper „Bollur“, Kapitän Veyer, nach Köln; See-
damper „Geria“, Kapitän Saagen, nach Rotterdam; Rahn
„Betroutwen“, Schiffer Vogel, nach Düsseldorf; Dampfer
„Nym“, Kapitän Kempers, nach Köln; Dampfer „Alemania“
Kapitän Timmerman, nach Rotterdam; Dampfer „Leutonia“
Kapitän Dubrecht, nach Stragburg; Rahn „Etab Beuten“
Schiffer Hoopeghen, nach Duisburg-Ruhrort; Rahn „Sophia“
Schiffer Raab, nach Düsseldorf.

Waisner für Flammkreis
für Püdding
in Gubörle

P. K.-Kau-Bonbons zu kauen, sollte besonders auch bei Kindern unterstützt werden, weil es viel beiträgt zur Reinhaltung der Zähne und der Mundhöhle und zur Befestigung des Zahnfleisches.

Angenehm duftender Atem ist ein sicheres Zeichen eines gepflegten Menschen - man kaue P.K.-Kau-Bonbons, besonders nach den Mahlzeiten und nach dem Rauchen und Trinken.

Päckchen - 4 Stück - 10 Pf.

WRIGLEY

P.K. KAU-BONBONS
WRIGLEY A.G. FABRIK. FRANKFURT.

derfopha und
ifelongue
perfonen

Alte Zeitungen *
vorrätig in der

Geſchäftsſtelle dieſer Z

Alte Zeitungen * * *

vorrrätig in der
Kasselerstraße dieser Zeitung

Geldausstellung dieser Zeitung.

Das We

Rede des :

Als an das d
 hat sich gezeigt,
 hat, die keine a
 dazu innerlich fl
 bundener als
 in Traktion un
 eine Ängstlichk
 Sicherheit der p
 muß noch der
 sofort, daß die
 zog daraus die
 Grundzüge
 Staatslehre des
 geschweige denn
 Absoluten u. i.
 form ist ihr M
 tiefften Bedürf
 gottgewollte St
 verbietet die
 Staatsform.
 Sache ist, dann
 eine andere St
 wiederherzustell
 Untergang des
 Wahheiten der
 Thomas von A
 politisch des Ze
 allemend, was
 Bais bedeutet.

Man könnte
begriff rüden u
nach seiner we
sowohl die Zer
als auch die U
des römischen J
leme: Eingliede
fellschaft, Sani
Keimzelle, der
Razismus, V
bietet die christl
nen, seine aus
nungstafeln. A
des Zentrums
wie die eines
fie dem Eigen
keinen Augenb
Absoletes ist, i
Verbande der

Aber was war
 Objekt der
 staatspolitischen
 gaben. Selbst
 Bedürfnis eines
 mit Verbeugung
 Zentrum verzu
 zu nennen, wo
 in der neuen
 des neuen Sta
 alle Parteien,
 schen Volksges
 gelungen, aber
 ander für den
 Die Konfolidie
 lere Fortschritt
 Unbuddhameite
 Wer etwa ge
 alten Erbsinn
 belehrt worden
 von iher aus
 Aber vom So
 erfahren hat,
 dürfen, daß ei
 daß die kultu
 lieh ist, in der
 der höchsten
 Gefinnien, in
 kulturellistich

des deutschen
Das bedingt
wisse Gemein
heits ist die be
durchleuchtet und
gegen den
belastet. So
es sich um
nichts zu er
unere (härte)
der Wert ihr
infolgequente
der S i m u
daß sie die t
diger der Be
schule dort, u
berechtigten,
Verehrbildun
sich der Ford
der künftige
lassen sie es
sich gründlich
Lehrer der es
gerichtet wer
haben habe
teien ermög
bildungsanste
sollen, niede
der sich im
dem Zentru
Esse und
schule zu
nungen an
nationalen.

Das Wesen des Zentrums und seine
Kulturpolitik.Rede des Abg. Universitäts-Professors Dr. Lauther
auf dem Rheinischen Parteitag.

Als an das deutsche Volk der Ruf erging, wieder aufzubauen, hat sich gezeigt, daß das Zentrum eine große Mission zu erfüllen hat, die keine andere Partei erfüllen kann, weil keine andere dazu innerlich klar und frei genug ist. Scheinbar in Idealen gebundener als irgend eine andere Partei, dazu stark verwurzelt in Tradition und Geschichte, bewies das Zentrum in Weimar eine Elastizität des politischen Begreifens und Willens und eine Sicherheit der politischen Kombination, wie weder der Liberalismus noch der konservative Gedanke aufbrachte. Es begriff sofort, daß die monarchische Staatsform nicht zu retten war und zog daraus die Konsequenzen. Die staatspolitischen Grundzüge des Zentrums sind geschöpft aus der Staatslehre des Christentums, die nicht einmal im Staat an sich, geschweige denn in einer bestimmten Staatsform ein Höchstes, Absolutes u. somit Unveränderbares sieht. Die jeweilige Staatsform ist ihr Menschenwert. Der Staat als so, oder ist eine im tiefsten Bedürfnis der Menschennatur begründete und darum gottgewollte Institution. Die Staatslehre des Christentums verbietet die gewalttätige Zerstörung einer bestehenden Staatsform. Aber wenn die Zerstörung vollendet ist, so ist die Sache ist, dann macht sie sogar zur Pflicht, auf den Trümmern eine andere Staatsform zu errichten, wenn der Versuch, die alte wiederherzustellen, zu blutigen Bürgerkriegen und vielleicht zum Untergang des Staates führen würde. An solchen fundamentalen Wahrheiten der christlichen Staatsphilosophie, entwickelt von Thomas von Aquin und Papst Leo XIII., hat sich die Staatspolitik des Zentrums in Weimar orientiert. Es zeigt sich an alledem, was für eine Partei und ihre Politik die weltanschauliche Basis bedeutet.

Man könnte neben dem Staatsbegriff sofort den Eigentumsbegriff rufen und darauf hinweisen, wie das Zentrum wiederum dank seiner weltanschaulichen Basis sich befähigt erwiesen hat, sowohl die Zerlegung des Eigentums nach Art des Sozialismus, als auch die Überwindung und Verabsolutierung in der Weise des römischen Rechtes zu verhindern. Zu neuen noch andere Probleme: Eingliederung des vierten Standes in die bürgerliche Gesellschaft, Sanierung des gesellschaftlichen Organismus von der Keimzelle, der Familie, aus, Herstellung der Volksgemeinschaft, Pazifismus, Völkerverbund. Für alle diese und andere Probleme bietet die christliche Weltanschauung zwar keine fertigen Schablonen, keine ausgearbeiteten Lösungen, wohl aber Wege und Warnungstafeln. Man denke nur an die Sicherheit, womit die Politik des Zentrums die Extreme eines verkommenen Nationalismus wie die eines verfallenen Internationalismus vermeidet wie sie dem Eigenwert der Nation vollkommen gerecht wird aber keinen Augenblick vergißt, daß die Nation nicht Selbst, nichts Absolutes ist, sondern sich dienend und helfend dem größeren Verbande der Menschheitsfamilie einfügen muß.

Man hat von einem angeblich neuen Zentrum geredet. Aber was neu geworden war, das war lediglich das Objekt der politischen Arbeit. Man waren die staatspolitischen und die wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgaben. Selbst etwas Neues zu werden hat das Zentrum kein Bedürfnis empfunden. Andere Parteien wandelten ihre Namen mit Verbeugungen vor dem Geist der neuen Zeit. Nur das Zentrum verzichtete darauf. Es brauchte sich nicht Volkspartei zu nennen, weil es stets eine echte Volkspartei war. Es wurde in der neuen Zeit in Wahrheit auch das Herz- und Kernstück des neuen Staates. Sein bester Wunsch ist es immer gewesen, alle Parteien mit Ausnahme der wilden Extremisten, zur politischen Volksgemeinschaft zusammenzuführen. Das ist ihm nicht gelungen, aber es ist ihm gelungen, alle diese Parteien nacheinander für den Dienst am deutschen Volksstaate zu gewinnen. Die Konsolidierung des neuen Staates würde größere und schnellere Fortschritte gemacht haben, wenn nicht das alte Uebel der Unzulänglichkeit gegenüber fremder Überlegenheit lebendig wäre. Wer etwa geglaubt hat, die Demokratie werde sich von dieser alten Uebels frei machen, ist inzwischen eines Schlimmeren belehrt worden. Daß der Liberalismus mit der Gewissensfreiheit von jeher auf gespanntem Fuße gestanden hat, ist bekannt. Aber vom Sozialismus, der doch lange genug am eigenen Leibe erfahren hat, wie weit die Unzulänglichkeit ist, hätte man erwarten dürfen, daß er sich baldiger erweisen hätte. Das hat zur Folge, daß die kulturpolitische Arbeit des Zentrums viel mehr als ihm lieb ist, in der Defensive gerichtet werden muß, in der Verteidigung der höchsten kulturellen Interessen und Güter der religiösen Geisteswelt, insbesondere des katholischen Volksteiles gegen die kulturpolitische Entente des Liberalismus und des Sozialismus.

Die Deutschnationalen vertreten den weitaus größten Teil des deutschen Protestantismus, soweit er positiv gerichtet ist. Das bedingt des öfteren, namentlich in Schulfragen, eine gewisse Gemeinlichkeit der Interessen mit dem Zentrum. Andererseits ist die deutschnationale Partei stark mit liberalen Elementen durchsetzt und obenrein mit der protestantischen Gegnerschaft gegen den Katholizismus und dessen politische Vertretung belastet. So erklärt sich, daß von den Deutschnationalen, wenn es sich um spezifisch katholische Belange handelt, für gewöhnlich nichts zu erwarten ist. In der Paritätsfrage sind sie sogar unsere schärfsten Gegner. Aber auch in der Schulfrage wird der Wert ihrer Hilfe fast beeinträchtigt durch ihre unklare und inkonsequente Haltung. So zum Beispiel hinsichtlich der Frage der Simultanschule. Sie werden nicht müde zu versichern, daß sie die warmsten Freunde und die entschiedensten Verteidiger der Simultanschule seien. Aber sie wollen die Simultanschule dort, wo sie besteht, selbst gegen den Willen der Erziehungsbehörden, aufrechterhalten. Was die unstrittige Frage der Mehrerbildung betrifft, so haben sie nach längerem Schwanken sich der Forderung des Zentrums nach konfessioneller Nachbildung der künftigen Volksschullehrer angeschlossen. Aber auch hier lassen sie es an Folgerichtigkeit fehlen. In Preußen haben sie sich grundsätzlich dafür ausgesprochen, daß für die künftigen Lehrer der Simultanschule auch eine simultane Vorbildung eingerichtet werde, obwohl das bisher nicht der Fall war. Und in Baden haben sie es durch Stimmhaltung den anderen Parteien ermöglicht, den Antrag des Zentrums, daß alle Lehrerbildungsanstalten auf konfessioneller Grundlage errichtet werden sollen, niederzustimmen. Wirklich, Herr Professor Spahn, der sich immer wieder bemüht, in seiner Wochenzeitung dem Zentrum Vorhaltungen wegen angeblichen Mangels an Eifer und Grundbegriffe in der Verteidigung der Simultanschule zu machen, läßt besser daran, seine Vorwürfe und Ermahnungen an die Adresse seiner eigenen Partei, an die Deutschnationalen, zu richten.

Der Redner verbreitet sich dann über die Berechtigung zur Forderung des Abschlusses von Konfessionsverträgen. Gegen diesen Abschlus hat, so sagte er, ein förmliches Kesseltreiben eingeleitet. Weiteste protestantische Kreise geben sich den Anschein, als befürchteten sie von einem Konfessionsvertrag die Unterwerfung Deutschlands und des deutschen Protestantismus unter die Herrschaft des Papstes. Der Liberalismus erweist sich über die Preisgabe staatlicher Hoheitsrechte. Die Demokraten und Sozialdemokraten sind nicht ganz so aufgeklärt, aber sie wollen nur unter der Bedingung zustimmen, daß ein Konfessionsvertrag über die Schule enthalte. Die Schule müsse ausschließlich Gegenstand der Gesetzgebung des Reiches und der Länder sein. Hoffen wir, daß die grundlos aufgeregten Gemüter sich bald beruhigen. Es wäre doch zu sonderbar, wenn der demokratische Staat engherziger sein wollte, als die absolutistischen Fürsten des vorigen Jahrhunderts, die sein Leben angetragen haben, das Verhältnis von Staat und Kirche in ihren Ländern nicht einseitig durch staatliche Maßnahmen, sondern durch vertragliche Abmachungen mit dem heiligen Stuhl zu regeln. Und sie waren doch wahrhaftig der Unterwürfigkeit gegen den Vatikan ebensovienig verächtlich wie der Lässigkeit in der Wahrung der staatlichen Hoheitsrechte.

Prof. Lauther wandte sich dann in hohem Grade unbefriedigenden Verhältnissen in der schulpolitischen Lage zu. Er sprach von dem nicht zu einem Erfolge geführten Entwurf eines Reichsschulgesetzes und erklärte, es besteht darauf, daß die Schulfrage gelöst wird auf dem Boden der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes. Es ist gern bereit, Andersdenkenden die Schule zu geben, die ihrer Überzeugung entspricht, aber es verlangt das gleiche auch für sich. Sein Schulideal ist die Bekenntnisschule, die im Geiste des Bekenntnisses unterrichtet und erzieht. Es wehrt sich gegen eben Verzicht, diese Schule innerlich zu fälschen oder sie aus der engen organischen Verbindung mit der Bekenntnisgemeinschaft zu lösen. Prof. Dr. Lauther fügte dem hinzu, daß man sich inzwischen vollständig klar darüber geworden sei, daß auch das beste Schulgesetz keine Gewähr für eine gute Schule gebe, wenn es an geeigneten Lehrern fehle. Er schloß die Rede mit den Bemerkungen um die Seite und der konfessionellen Lehrerbildung.

Wenig befriedigend ist nach dem Redner auch die Lage im Bereich des höheren Schulwesens. Den weitaus größten Teil der finanziellen Lasten des höheren Schulwesens durch Überladung auf die Gemeinden auf, während er im Osten die Kosten des höheren Schulwesens nahezu vollständig vom Staat getragen werden. Der Westen ist heute nicht mehr wirtschaftsleistungsfähig als der Osten. Der Hauptausbruch des Landtages hat auf Antrag des Zentrums beschlossen, den Fonds für die Staatszuschüsse an nichtstaatliche höhere Schulen zu vergrößern. Er hat dann aus Sparamkeitssünden diesen Beschluß wieder laßt, aber das Zentrum wird seinen Antrag bei der dritten Lesung erneut einbringen. Wird er abgelehnt, so wird das ein unwiderleglicher Beweis dafür sein, daß auch im neuen Preußen an der Verwirklichung des Westens zugunsten des Ostens festgehalten wird. Auch in bezug auf die höheren Privatschulen für die weibliche Jugend ergibt sich eine überaus schwere Benachteiligung des katholischen Volksteiles. Während auf die katholischen doppelt so viel Privatschulen und doppelt so viel Schülerinnen entfallen wie auf die evangelischen, sind an Staatszuschüssen für die katholischen Anstalten im Jahre 1925 nur die Hälfte, 1926 sogar nur ein Drittel des Betrages bewilligt worden, den die evangelischen Anstalten erhielten. Viel Aufsehen und Widerpruch hat es erregt, daß das Zentrum im Preussischen Landtage die Forderung anmeldete, daß auch konfessionelle höhere Schulen als öffentliche anerkannt und mit den entsprechenden Vergütungen ausgestattet werden sollten. Man hat das so gedeutet, als wolle das Zentrum die vorhandenen Schulen reiflos konfessionalisieren. Dabei würde der katholische Volksteil am allerleichtesten fahren, denn es würden ihm für seine Kinder in den meisten Preussischen Provinzen dann nur noch höhere Schulen konfessionell-evangelischen Charakters zur Verfügung stehen. Wir wollen etwas ganz anderes, nämlich den ungeheuerlichen Verfall ungsgrundzüge zu Leibe rufen, kraft dessen der konfessionellen höheren Schule lediglich deshalb, weil sie konfessionell ist, die Anerkennung als öffentliche Schule mit der entsprechenden Berechtigung grundsätzlich verweigert wird. (Hört, hört!)

Der Redner wandte sich dann den unbefriedigenden Verhältnissen in der Lage des philologischen Nachwuchses zu und stellte die Forderung auf, daß die Anstellungssperre vollständig fallen müsse und daß das frühere Verhältnis zwischen der Zahl der festangestellten Lehrer und derjenigen der Hilfskräfte wieder eintrete. Die Festsitzungszahl und Klassenfrequenz seien auf den früheren Stand zurückzuführen. In alledem habe das kategorische Nein der Finanzverwaltung bisher eine wirksame Abhilfe verhindert. Lange hätten die Zustände aber nicht mehr andauern. Ein von drückender Sorge um seine Existenz zermürbter, verbitterter Lehrer, der ein Alter von 40 bis 45 Jahren erreiche, ohne zu einer festen Anstellung zu kommen, könne unmöglich in der Schule mit der Freude und Hingabe arbeiten, die das Interesse der Schule und der Jugend und somit auch des Volkes und des Staates erheische.

Der Redner schloß seine eindrucksvolle Rede mit der Forderung, im Heiliger der Demokratie die Kulturpolitik mehr als je Volkssache, Sache der öffentlichen Meinung und des öffentlichen Gewissens sein zu lassen. (Starker Beifall.)

Reichstanzler Marx bei den Missionaren.

Berlin, 9. Mai. Im Rahmen der Veranstaltungen zu der Jahresversammlung der großen katholischen Missionsvereine und der Oberen der 100 deutschen katholischen Missionskloster fand am Sonntag mittag im Saale des früheren Herrenhauses eine große Versammlung statt, zu der auch die Behörden erschienen waren. Reichstanzler Marx sprach namens der Reichsregierung. Er würdigte die Tätigkeit der Missionare von seinem staatspolitischen Standpunkt aus. Sie widerlegte, sagte er, die Behauptung, daß das deutsche Volk beherrscht sei von nachtem Egoismus und engherziger Denkart. Sie wirkte vollwertig und nützlich; denn sie knüpfte engste seelische Bande zwischen den Völkern. Er hoffe, daß bald auch die letzten Schranken fallen werden, die den deutschen Missionen mancherorts noch gezogen sind. Aus den Reden in der Versammlung ergab sich, daß den deutschen katholischen Missionen 20 Missionsgebiete wieder gegeben sind, aus denen sie im Kriege vertrieben wurden. Für

21 andere Gebiete, die ihnen verschlossen blieben, erhielten sie vom Papste andere größere Gebiete zugewiesen. Die Zahl der Missionen ist größer, als vor dem Kriege. Lebhaft begrüßt wurde die Bildung einer Missionsverkehrsarbeitsgemeinschaft, die Automobile, Motorboote und Flugzeuge für die Missionen beschaffen soll.

Am Montag besichtigten die Missionare den Tempelhofer Flughafen. Den Höhepunkt der Herrenhausversammlung bildete ein Vortrag des P. Gentrapp (Stuhl) über die missiönarischen Probleme in China. Es wurde berichtet, daß es den deutschen Missionaren in China ein wenig weniger schlecht gehe, als den anderen, da die chinesischen Behörden unter Hinweis auf ihre Sicherheit den Beweis liefern wollten, daß die Missionare zu ihrem Schutze keine Staatsverträge brauchen.

Die Hoff' oft des Stahlhelms.

Berlin, 9. Mai. Der Stahlhelm gab in der nachstehenden Vorfahrt seine politischen Ziele bekannt, für die zu kämpfen er alle Mittel der Verfassung zu gebrauchen gedenkt.

Der Stahlhelm sagt den Kampf an jeder Weichlichkeit und Feigheit, die das Ehrbewußtsein des deutschen Volkes durch Verzicht auf Wehrrecht und Wehrwillen schwächen und zerstören will.

Der Stahlhelm erklärt, daß er den durch das Versailler Friedensdiktat und dessen spätere Ergänzung geschaffenen Zustand nicht anerkennt. Er fordert deshalb die Anerkennung des Nationalstaates auch für alle Deutschen, die Wiederherstellung des deutschen Wehrrechts, wirksamen Widerruf des erprehten Kriegsschuldbekenntnisses, die Regelung und Wiedergutmachung der Weltkriegsschäden auf Grund der solidarischen Haftung aller für den Weltkrieg verantwortlichen Völker. Diese Ziele dürfen bei der Durchsetzung des vertragmäßigen Rechtes auf die vorzeitige Klammung der besetzten Gebiete und bei der Berechtigung der Ostgrenzen nicht preisgegeben werden.

Der Stahlhelm fordert die Wiederanerkennung der Farben Schwarz-Weiß-Rot. Unter dieser Flagge hat das Deutsche Reich die Zeit seiner höchsten Ehre gehabt, unter dieser Flagge hat das deutsche Volk unvergleichlichen Heldentum gegen die Welt von Feinden geführt.

Die wirtschaftliche und soziale Not unseres Volkes ist verursacht durch den Mangel an Lebens- und Arbeitsraum. Der Stahlhelm unterstützt jede Außenpolitik, welche dem deutschen Bevölkerungswachstum Siedlungs- und Arbeitsgebiete eröffnet und welche die kulturelle, wirtschaftliche und politische Verbindung dieser Gebiete mit dem Kern- und Mutterland lebendig erhält. Der Stahlhelm will nicht, daß das deutsche Volk zur Verweilung getriebene deutsche Volk Leute und Brandherd des Bolschewismus wird.

Der Stahlhelm bekennt sich zu der Überzeugung, daß die Geschichte des deutschen Volkes nur durch eine starke, zur Tragung der Verantwortung willige und fähige Führung bestimmt werden dürfen. Deshalb fordert er: die Stärkung der Nachschubkräfte des Reichspräsidenten, die Sicherung der Wohlfahrt von Land und Volk gegen die Willkür parlamentarischer Notverordnungen und Ineffizienzen, die Schaffung eines Wehrrechts, dessen Ergebnisse sowohl die Übereinstimmung mit dem wahren Volkswillen als auch die Möglichkeit echter Regierungsverantwortung gewährleistet. Der Stahlhelm will keine neue Partei bilden oder werden. Aber er will den staatsbürgerlichen Willen der ehemaligen Frontkämpfer zum Ausdruck bringen. Er will, daß seine Angehörigen in allen Stellen des öffentlichen Dienstes und der Volksvertretung von der Gemeinde bis zum Reich, die Möglichkeit und das Recht in ahgebender Mitarbeit erlangen. Das Recht der Frontkämpfer zu dieser Mitarbeit gründet sich auf die besondere Eignung, welche sie durch engste Verbundenheit der persönlichen Leistung mit dem schwersten Ringen des deutschen Volkes um sein Recht und seine Zukunft erworben haben.

Der Stahlhelm fordert eine Verfassung, die jedem deutschen Staatsbürger verantwortlichen Anteil an dem Leben des politischen Gemeinwesens gibt, denen er eingegliedert ist. Er fordert deshalb eine Selbstverwaltung, die sich auf die Leistung und das ihr entsprechende Recht freier Staatsbürger gründet und jede Bevormundung ablehnt.

Überall, wo es sich um Ehr- und Wehrfragen der Nation handelt, ist die starke, einheitliche Reichsgewalt notwendig. Unter ihrem Schutz und unter ihrer Aufsicht gebührt allen Gemeinwesen das Recht ihres Eigenlebens und der dieses Eigenlebens sichernden Verfassung. Nur unter dieser Bedingung ist Friede und Wohlfahrt zwischen Reich und Ländern wie zwischen Staat und öffentlichen Körperschaften möglich.

Getreu seiner Herkunft und seiner Geschichte bekämpft der Stahlhelm alle Weltverbundenheit und Auffassungen, die das deutsche Volk zerklüften wollen. Er hält das Erlebnis aller Frontkameradschaft und Einigkeit hoch und will aus ihm das nationale Einheitsempfinden entwickeln. Er befreit die Berechtigung der materialistischen Geschichtsauffassung und die marxistische Lehre. Er widersteht sich dem Gedanken der Klassenkämpfe. Unter voller Anerkennung des Wertes der lebendigen Interessenverbundenheit zwischen Volk, Unternehmer und Mitarbeiter wird der Stahlhelm eine ehrliche und geschlossene Austragung der natürlichen Interessengegensätze nicht hindern. Er fordert jedoch die Innehaltung der gegenseitig erlaubten und moralisch bedingten Kampfmittel und die Wahrung der überragenden Interessen der Volksgemeinschaft.

Der Stahlhelm steht mit Bedacht auf die mit zunehmender Industrialisierung fortschreitende Lösung gefundener Volkskraft von dem Heimatboden und fordert eine Agrarpolitik, welche Siedlung ermöglicht. Innenkolonisation und Siedlungspolitik zur Stärkung der deutschen Ökonomie durch Auffüllung des Grenzraumes mit deutschen Bauernböden sind Waffen des nationalen Behauptungskampfes, zu deren Anwendung der Stahlhelm mitwirken kann und will.

Der Stahlhelm fordert Maßnahmen gegen die seit der Revolution gesteigerte Lebensverbundenheit unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens durch fremde Elemente und gegen die Verwilderung der sittlichen Anschauungen.

Der Stahlhelm fordert die Anerkennung und Durchsetzung seiner Ziele von den verfassungsmäßigen Vertretern des deutschen Volkes in Regierung und Parlamenten. Er ist entschlossen, seine Ziele in Gemeinschaft mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften des deutschen Volkes, die Arbeits- und Kampfgemeinschaft mit ihm halten wollen, nur durch Anwendung rechtmäßiger und gesetzlicher Mittel zu erkämpfen.

Das ist, so heißt es am Schluß der von Franz Sedde unterzeichneten Kundgebung, der Weg und Wille des Stahlhelms zur innern und äußern Befreiung Deutschlands.

Kampf um den Dawesplan

Gilberts Auslegungspolitik

Die Reichsregierung warnt

Von unserm Berliner Vertreter

Berlin, 9. Mai. Der Agent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, wird im Laufe dieses Monats einen umfangreichen Halbjahresbericht über die deutsche Leistungsfähigkeit auf Grund des Dawesplanes veröffentlichen. Wie es nun heißt, wird darin unmissverständlich zum Ausdruck kommen, daß Deutschland eine Revision des Dawesplanes solange nicht erwarten könne, als aus Reichsmitteln Kredite und Subventionen gewährt würden. Der Bericht soll dann weiter das Reichsbudget kritisieren und den wirtschaftlichen Fortschritt Deutschlands feststellen. Wie wir von unterrichteter Seite dazu hören, ist der Reparationsagent tatsächlich gegen jede Revision des Dawesplanes eingestellt. Der in dem bevorstehenden Halbjahresbericht Parker Gilberts zum Ausdruck kommende Standpunkt über den angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands ist zweifellos als ein offener Vorstoß gegen die Bestrebungen der Reichsregierung auf eine Revision des Dawesplanes zu bewerten. Auffallend ist, daß die Reichsregierung, vor allem der Reichsfinanzminister es bisher vermeiden haben, offen auszusprechen, daß Deutschland im Hinblick auf die im Jahre 1928 bevorstehende unerhöhte Mehrbelastung an Reparationen, schon in der aller nächsten Zeit einen offiziellen Antrag auf eine Revision des Dawesplanes zu stellen beabsichtigt. In politischen Kreisen will man wissen, die Reichsregierung habe sich aus dem Grunde noch nicht für einen derartigen Antrag entschieden, weil der Reparationsagent dem Reichsminister gegenüber offen zum Ausdruck gebracht habe, daß eine Revision des Dawesplanes für die nächste Zeit nicht in Frage kommen könne.

Die Reichsregierung wird sich nunmehr mit der Reparationsfrage umgehend beschäftigen müssen. In unterrichteten Kreisen erwartet man, sobald der Halbjahresbericht des Reparationsagenten vorliegt, einen Schritt des Kabinetts bei Parker Gilbert. Man wird zunächst die Behauptung des Agenten, wonach Deutschland aus staatlichen Mitteln der Industrie umfangreiche Kredite zur Verfügung stelle und weiter Subsidien gewähre, unter allen Umständen richtig stellen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Auffassung Gilberts durchaus unzutreffend ist. Es sei nur darauf hinzuweisen, daß die Reichsregierung erst unlängst ein Kreditverbot für die Firma Krupp abgelehnt hat. Wenn das Kabinett in anderen Fällen der Industrie Kredite gewährt hat, so ist das nur aus dem Grunde erfolgt, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie im Interesse der Ausführung des Dawesplanes aufrecht zu erhalten.

Was die Kritikierung des Reichsbudgets durch den Reparationsagenten betrifft, so stellt sie eine ganz unberechtigte Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse dar. Es sei nur darauf hinzuweisen, daß zur Ausbalanzierung des Etats die Regierungsparteien in Gemeinschaft mit dem Kabinett erst unlängst Millionenbeträge gestrichen hatten, die lediglich für soziale Zwecke bestimmt waren.

Man glaubt im übrigen den Vorstoß des Reparationsagenten gegen das Kabinett auf unheilvolle Einflüsse des bekannten amerikanischen Finanzministers Kahn zurückzuführen, der noch immer in Berlin weil und hier eingehende Besprechungen mit Parker Gilbert hatte. Allem Anscheine nach besteht in den internationalen Finanzkreisen noch immer die Absicht, auf die Reichsregierung einen Druck dahingehend auszuüben, die Reichsregierung in ein privatwirtschaftliches Unternehmen umzuwandeln, und diesen Betrieb gleichfalls den Reparationsgläubigern Deutschlands zu verpfänden.

Parker Gilbert über die Dawes-Plan-Revisionsfrage

Newport, 9. Mai. Wie „The World“ berichtet, wird der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, in dem Ende dieses Monats erscheinenden Halbjahresbericht ausführen, Deutschland könne eine Revision des Dawesplans solange nicht erwarten, als aus Reichsmitteln Kredite und Subsidien bezahlt würden. Im übrigen werde auch das Reich selbst kritisiert und der wirtschaftliche Fortschritt Deutschlands, der insbesondere an der Zunahme der deutschen Auslandsanlagen erkennbar sei, hervorgehoben.

Die Reparationskommission hat heute eine Sitzung abgehalten

Paris, 9. Mai. Nach dem amtlichen Kommuniqué hat der Generalagent für die Reparationszahlungen, Gilbert, ein Exposé über das Abkommen gegeben, das er mit der Reichsbahn-Gesellschaft über die monatliche Bezahlung der Zinsen für die sogenannten Eisenbahnobligationen geschlossen hat. Die Replik billigte dieses Abkommen. Sie prüfte dann eine Anzahl der Ausführung des Schwerkraftabkommens und der Friedensverträge betreffende Angelegenheiten. Unter anderem billigte sie die Verteilung von Vorgehängen unter die interessierten Mächte und setzte die Höhe des Deutschland für die Lieferung von Schiffen und Flugzeugmaterialien gutzuschreibenden Kredits fest. Die Replik billigte ferner 1. das Abkommen zwischen der internationalen Donaukommission und den Vereinigungen der Inhaber der ungarischen sogenannten Eisen-Tor-Anleihe, 2. das Abkommen zwischen der rumänischen und der serbischen Regierung und denjenigen Verbänden zur Regelung der Wiederaufnahme und der Organisation des Finanzdienstes dieser Anleihen.

„Deutschland zahlt mehr als genug“

Washington, 9. Mai. Schatzsekretär Mellon brachte eine umfangreiche Erklärung vor Pressevertretern zur Verlesung, in der es u. a. heißt: „Alle unsere hauptsächlichsten Schuldner erhalten bereits jetzt von Deutschland mehr als genug, um ihre Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen.“

Eine wichtige juristische Entscheidung in den U. S. A.

Newport, 9. Mai. Der Oberste Gerichtshof des Staates Newport hat auf Grund der Session XXVII der Zivilprozessordnung eine Entscheidung von weitreichender Bedeutung gefällt, indem er bestimmte, daß die Verjährungsfrist während der Kriegszeit ruht. Der Entscheidung liegt ein deutscher Nachschußprozeß zugrunde, in welchem die Equitable Trust Co. Verjährung beantragt hatte, da die Klageerhebung erst nach der Verjährungsfrist von sechs Jahren erfolgt sei. Diesen Antrag hat das Gericht abgelehnt.

Wie steht es in Ostasien Die Lage in China

London, 9. Mai. „Times“ berichtet aus Schanghai: Die Beschießung britischer Schiffe auf dem Jangtse durch chinesische Truppen dauert an. Tschangtschunghang hat Anking, die Hauptstadt von Anhwei, eingenommen. Tschangtschunghang befindet sich in unmittelbarer Nähe von Hankau. Die Hankauer Regierung ist, wie berichtet wird, infolge mangelnder finanzieller Unterstützung erschlaffen. Die Nationalisten in Schanghai erwarten auch den baldigen Sturz der Nanking Regierung. Tschangtschunghang hat Santschuanfang ein Bündnis unter der Bedingung angeboten, daß er den Oberbefehl über neun Divisionen nördlich des Jangtse

erhält. Santschuanfang wird dieses Angebot wahrscheinlich ablehnen, weil er den Chinesen hat, die Herrschaft in den Gebieten nördlich von Nanking, insbesondere in Schanghai, auszuüben.

Der französische Admiral auf dem Wege nach China

Paris, 9. Mai. Konteradmiral Stoh, der an Stelle des Konteradmirals Bazire den Oberbefehl über die französischen Seestreitkräfte in China übernimmt, hat sich gestern mit 1100 Mann nach China bestimmter französischer Truppen an Bord des Dampfers „Portos“ eingeschifft.

Keine gemeinsame Note an die südchinesische Regierung

London, 9. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, angesichts der glatten endgültigen Weigerung der amerikanischen Regierung, an irgendeiner neuen Vorstellung bei der Hankauer Regierung wegen der Vorgänge in Nanking teilzunehmen und der dadurch hervorgerufenen Abneigung Japans und infolgedessen auch Frankreichs, einen neuen Schritt dieser Art anzubahnen, hat die britische Regierung den Gedanken an eine gemeinsame Note aufgegeben.

Amerikas Standpunkt in der chinesischen Frage

London, 9. Mai. „Daily Telegraph“ meldet aus Newport: Aus den hier veröffentlichten Washingtoner Meldungen geht hervor, daß die amerikanischen Regierungsvertreter der Ansicht sind, daß Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, wenigstens zeitweilig, für die amerikanische Politik, die sich gegen die Anwendung militärischer Sanktionen wegen der Hankauer Vorgänge wendet, gewonnen worden sind. Coolidge und seine Ratgeber stehen auf dem Standpunkt, daß durch weitere Mitteilungen an die Regierungen von Hankau und Nanking augenblicklich nichts gewonnen werde. Es wird angenommen, daß Coolidge den Vorschlag des amerikanischen Gesandten in Peking, gemeinsam mit den anderen Mächten eine zweite Note zu überreichen, abgelehnt hat, weil er überzeugt ist, daß die Chinesen wahrscheinlich alle Forderungen verwerfen und den Mächten keine andere Wahl lassen würden, als mit Gewalt vorzugehen.

Amerika gegen einen Vorschlag auf Beschränkung der Kreuzergörge

Paris, 9. Mai. „Chicago Tribune“ meldet aus Genf: Die amerikanische Delegation für die Dreimächte-Seeabklärungs-Konferenz in Genf wird energisch gegen den englischen von Japan wie verlautet gebilligten Vorschlag, große Kreuzer auf 7000 Tonnen anstatt wie in Washington vorgeesehen, 10.000 Tonnen zu beschränken, bestanden. Amerika bestreite keine Flottenstützpunkte und könne nicht 7000 Tonnen-Kreuzer über den Atlantischen oder Stillen Ozean senden und so kleine Schiffe in einer Schlacht schiden, die keine langen Kreuzerfahrten unternehmen könnten.

Die Einigung in Nicaragua — U. S. A. Patronage

Washington, 9. Mai. Das Staatsdepartement veröffentlicht einen Bericht des Vertreters des Präsidenten Coolidges in Nicaragua, Stimson, der folgendes Abkommen getroffen hat: Vollständige Entwaffnung auf beiden Seiten, sofortiger Frieden, der es ermöglicht, die Anpflanzungen für die neue Ernte im Juni vorzunehmen, allgemeine Amnestie für alle Personen in Nicaragua oder in der Verbannt, Rückgabe alles in Besitz genommenen oder beschlagnahmten Eigentums an die ursprünglichen Eigentümer, Teilnahme der Liberalen am Kabinett Diaz, Organisation der Armee auf unparteilicher Grundlage unter dem Befehl amerikanischer Offiziere, amerikanische Überwachung der nächsten Jahre, Wahl und Beibehaltung der gegenwärtigen amerikanischen Streitkräfte bis zur Organisation einer eignen Polizei.

Thomas A. Edison

Von Friedrich Dessauer

Die Zeiten, da man über Edisons große Erfindungen in der Öffentlichkeit sich aufregte und mehr darüber sprach als über irgendeine andere Sensation, sind vorbei. Denn die Menschen benutzen gedankenlos heute, was sie gestern als unbegreifliches Wunder bekannten. Erfindungen, die heute als selbstverständliche Dinge gelten, waren einst die größten Geheimnisse der Menschheit. Wie nicht so, wie müht man sich noch vor dem Geheimnis der Glühlampe in Ehrfurcht erschauernd fragen, was geht eigentlich hier vor sich? Wir mühten uns immer noch zittern vor dem Wunder, daß längst verflachte Sprache, daß die Stimme der Toten, in der Materie eingegraben, aufersteht, die Luft des Raumes erzittern macht und unser Trommelfell zum Schwingen bringt. Wir mühten uns vergeblich, das Geheimnis der Glühlampe, die Bewegung, eingezogen, daß sie, die Nimmerwiederkehrende, im Kinetographen festgehalten wird. Denn das alles war einstmal nicht und ist jetzt und wird immer bei den Menschen bleiben. Da es aber einstmals nicht war, so ist es doch zu den Menschen gekommen, wie wenn es neu geschaffen wäre! Diese Schöpfung aber von Dingen, die nicht in der Welt waren, kam durch den Menschen, den Erfinder. Seltsames Geheimnis eines Menschen, der an der Erschaffung der Welt weiterarbeitet, oder durch den Neues in der Welt erschaffen wird! Großes Geheimnis, wie dies möglich ist, woher diese Gestalten zu uns kommen: das elektrische Licht, das elektrische Leitungssystem, der Phonograph, der Kinetograph. Hat Edison das gemacht, oder hat er es gefunden? Wenn er es gefunden hat, wo war es dann vorher? Und wie beschaffen sind Geist, Tätigkeit eines Menschen, der auszieht, um irgend etwas zu finden, was noch nicht ist, es findet und gestaltet, so daß es ist? Wenn ihm dies gelang, — es vergeht zwar der Mensch, der Erfinder, aber das neu geschaffene Wesen zieht mit ungeheurer Macht über die Erde und wandelt sie um und wandelt mit ihr auch die Menschengeschlechter, so daß sie anders sind als vorher.

Thomas A. Edison ist am 11. Februar 1847 geboren und somit jetzt 80 Jahre alt geworden. Wie so viele Großen, ist er der Sohn einfacher Eltern. Seine Familie stammt ursprünglich aus Holland und hat wie die Mehrzahl der in die „Neue Welt“ gewanderten Familien in 100 Jahren harter Pionierarbeit dem Boden und Land unter wechselnden Schicksalen ihren Lebensunterhalt abgerungen. Von seinen langlebigen und zähen Eltern hat er selbst keine unermüdete Fähigkeit. Er gehört zu den kräftigen Naturen, die mit einem Minimum an Schlaf ungeheure Tagesleistungen bewältigen können. Er ist — alles in allem — nur drei Monate in die Schule gegangen, aber er hat unermüdet studiert, besonders Physik und Chemie, aber auch alles Mögliche andere, und er hat von Jugend auf sich tummeln gelernt und seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen gewußt. Klassen- oder Standesvorurteile, oder der Wahn, irgendeine Arbeit sei

feiner nicht würdig — diese Vorstellungen hat er nie gehabt. Die Amerikaner, die ganz die Bedeutung ihrer großen Männer, wenn es geht, auch in Dollar ausdrücken, haben zusammengefaßt, daß Edisons Erfindungen eine Kapitalinvestition von 15,6 Milliarden Dollar, also über 60 Milliarden Goldmark, zur Folge gehabt hat, wobei nur die großen und nicht die Hunderte von kleinen Erfindungen in Rechnung gestellt wurden. Das ist mehr, als das gesamte Jahreseinkommen des deutschen Volkes, und drüber kann man hören, daß ein menschliches Hirn unter Umständen einen großen Geldwert besitzen kann. Aber eben dieser Edison hat in seinen alten Tagen noch gesagt, wenn es ihm einmal schlecht ginge, so machte er sich darüber keine Sorgen. Er sei ein tüchtiger Telegraphist und getraue sich als solcher immerhin seine 75 Dollar in der Woche in irgendeinem Telegraphenbüro zu verdienen. Das ist richtig, das kann er, und würde es auch bestimmt tun. Er war ungefähr zehn Jahre lang Telegraphist oder Leiter von Telegraphenbüros, und viel länger war er Telegraphentechniker, und er war ausgezeichnet im Dienst — wenn er nicht gerade irgendein Problem im Kopfe hatte. Dann konnte es nämlich passieren, daß Derselben liegen blieben. Daß er unter ganz bescheidenen Lebensverhältnissen zu leben bereit ist, also nicht an Luxus sich gewöhnt hat, ist auch richtig. Erst im letzten Jahrzehnt hat ihn seine zweite Gattin angewöhnt, wie und da einmal auch eine gebügelte Hofe und einen ausgebügelten Rock anzuziehen.

Es ist schon der Nähe wert, sich mit seiner Person zu beschäftigen und den Eigenart seines Schaffens. Was hat er alles erfunden? Zuerst eine ganze Reihe von Telegraphenerfindungen: Mehrfachtelegraphen, Verbesserungen an Schreibmaschinen, automatische Telegraphen, dann Erfindung des Kinetographen, die erste große Sache. Auf ihr beruht die heutige Telephonie. Wir nennen zwar unsere Sprechapparate Telephon, aber in Wirklichkeit sind das nur die Hörer; das, wozu wir streben, ist kein Telephon, sondern ein Mikrophon und stammt ganz wesentlich von Edison. Die Erfindungen des Schalls erzeugen eine Membranschwingung und deren Bewegung wirkt auf seine Kohlenföhrchen, die so aneinander liegen. Ein elektrischer Stromkreis findet in diesen Föhrchen einen sehr hohen Widerstand, wenn sie ganz locker liegen, und einen viel geringeren, wenn sie durch Membranschwingung mehr oder weniger zusammengepreßt werden. So entsteht ein elektrischer Strom, der in dem Rhythmus sich ändert, als die Tonschwingungen ablaufen; und dieser pulsierende Strom läuft entlang den Leitungen und bringt das Telephon zum Sprechen.

Die nächste große Sache war der Phonograph. Eben dieselben Schallschwingungen werden mit Hilfe einer Membrane und eines feinen Stiftes einer weichen Waffe eingeprägt, etwa einer Stannolwolle oder später einer Wachswaize, die unter dem Stifte vorbeiführt. Dabei graben sich in unendlicher Feinheit alle Schwingungen ein. Rast nachher in den so gegrabenen Rinnen ein abgestumpfter Stift, der auf eine Membrane wirkt und der leicht auf die eingravierten Vertiefungen drückt — dann fängt die Membrane den Laut wiederzugeben an. Wäre das ein paar

Jahrhunderte früher bei den Menschen gewesen, so würden wir heute die Stimmen von Goethe, Albertus Magnus, Jaak Newton, Christoph Columbus, von Dante, Leonardo vernahmen, ja die Stimme von Christus und sie würden uns alle ganz nahe sein. Edison freilich wurde zuerst für einen Charlatan gehalten und höchst gelehrte Professoren erklärten, daß er einen Bauchredner verdeckt haben müsse, weil es ja so ganz unmöglich gehen könne. Aber es ging und es geht und kein Mensch wundert sich; und das Grammophon ist so trivial — ein Zimmerstück, wie die Tapete oder das Sofa.

Dann kamen die ungeheuren Studien über das Licht. Denn Edison ist der Vater der heutigen Beleuchtung, die auf der evakuierten Glühlampe und dem sogenannten Parallel-Schaltungssystem der Leitungen beruht. Dabei ereignete sich oft, daß Edison, nachdem er den Tag und die Nacht bis morgens um 3 Uhr gearbeitet hatte, sich auf irgendeinem Experimentierfeld, den Kopf auf ein paar Bücher, legte und schlief; da schlief er wie bei drei bis vier Stunden und dann war es genug, die Arbeit ging weiter. Das ging jahrelang so. Es sind Tausende und Tausende von Versuchen, die eine ganze Bibliothek füllen von Notizen und Versuchsprotokollen. Was schließlich die Glühlampe leuchtete. Allein auf der Suche nach einem Faserstoff — die ersten Glühlampenfasern waren nicht wie die heutigen aus Metall, sondern aus Bambusfasern — gab er gegen 100.000 Dollar aus. Durch Rathenau kamen die Edisonschen Erfindungen nach Deutschland. Die heutige Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ging aus der Deutschen Edison-Gesellschaft hervor. Wir wollen andere wesentliche Erfindungen überspringen, seinen magnetischen Separator, seine erste elektrische Eisenbahn, sein Dreileitersystem, seine verschiedenen Konstruktionen von elektrischem Installationsmaterial, und nur noch an den Kinetographen denken, der ja auch schon längst dem Schicksal der Alltäglichkeit verfallen ist.

Aber gestern war ich in einem Kinetographen. Bengt Berg, der Afrikafahrer, zeigte den Wunderreisenwagen und die Gefantenherden und die Wänderdögel und den Flug des Pelikans und sprach davon, wie er unter furchtbarer Lebensgefahr, in Wasbündel verpackt, die Urzeitreisen fast von Armeslänge kinematographiert hat. Da waren wir Zuschauer ganz eingetaucht in die Welt der Erde und ihre Wunder und wir waren größer und viel mehr Menschen, verbunden mit den geheimen Urräumen, als eine halbe Stunde vorher im Lärm der Stadt. Und während Bengt Berg sprach, bewegte mich nicht nur sein Wort und die lebendige Gewalt des afrikanischen Lebens, sondern auch das Geheimnis dieser ungeheuren Nähe aller Menschen und Zeiten, die technische Erfindung hervorbringt: die Stimme des toten Freundes kann ich hören und meine Stimme können die Enkel in Jahrhunderten hören. Ich sehe die blinzenden Augen Augen des afrikanischen Gefanten auf mich gerichtet und der Niesenvogel flattert vor mir auf und ich bin doch hier in der großen Stadt — und morgen oder in einem Jahrhundert werden die Bewohner anderer Sterne so nah mit mir verbunden sein wie die Stimme der Toten und die Bewegung der Sterne auf dieser Erde.